

7. Sitzung des Gemeindeparlamentes
Donnerstag, 21. Mai 2026
Stadthaus, Ratsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 21.40 Uhr

Anwesend sind: 40 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Christian Huber, 4. Gianluca Peduzzi, 5. Simone Sager,
6. Andrea Walder, 7. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Stephan Bielser, 3. Kerstin Bütschi, 4. Florian Eberhard,
5. Stefanie Kurt, 6. Daniela Minikus, 7. Luc Nünlist, 8. Claudia Schmid

Junge SP Region Olten:

1. Cécile Send

Die Mitte:

1. Muriel Jeisy-Strub, 2. Robin Schmid

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Silvia Huber, 2. Tobias Käser, 3. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Jann Frey 3. Lukas Lütolf, 4. Yael Schindler Wildhaber,
5. Patrick Weibel

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Lukas, Neumaier, 4. Ursula Rüegg, 5. Philippe Ruf,
6. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Lara Casura, 2. Olivia Imhof, 3. Benjamin Mühleisen, 4. Tobias Oetiker, 5. Laura Schöni,
6. Vivek Sharma, 7. Dshamilja Tiscenko

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
 Marion Rauber, Direktion Bau
 Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
 Thomas Fürst, Direktion Finanzen und Dienste
 Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales (

Entschuldigt abwesend: Denise Spirig (stellvertreten durch Dshamilja Tiscenko)
 Regina Graber (stellvertreten durch Patrick Weibel)
 Sandy Grieder (stellvertreten durch Gianluca Peduzzi)

Unentschuldigt abwesend: -

Ferner anwesend: Patrik Stadler, Rechtskonsulent (bis 20.15 h)
 Benvenuto Savoldelli
 Daniel Probst
 Revisionsstelle BDO

Vorsitz: Ursula Rüegg

Protokollführer/in: Roland Sampt, Leiter Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

Donnerstag, 21. Mai 2026

5. Stellenerhöhung Mandatsführung Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz/
Genehmigung und Nachtragskredit
7. Bericht und Jahresrechnung sbo/Genehmigung
- * 8. Volksauftrag betr. Harmonisierung der Bewilligungsinstanz für Wohnzonen
- * 9. Volksauftrag betr. Klimarelevante Sanierungsmassnahmen und Nutzung Dach-
geschoss als Wohnraum in Ortsbildschutz
10. Parlamentarische Vorstösse/Begründung., Beantwortung und Weiterbehandlung
- 10.01 Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Lokales Gewerbe «first» bei freihändigen
Vergaben
- 10.02 Interpellation Matthias Borner (SVP) betr. Rückzug Baugesuch Leberngasse – wie
weiter?
- 10.03 Interpellation Lukas Neumaier (SVP) betr. Kriminalität in der Stadt Olten
- ** 10.04 Interpellation Marc Winistörfer (SVP), Robin Kiefer (SVP) und MU betr. Führungs-
krise in der Direktion Bildung und Sport
- ** 10.05 Auftrag Florian Eberhard (SP) und MU betr. Prüfung eines kostenlosen Sport- und
Freizeitmaterialverleihs in Olten
- ** 10.06 Auftrag Daniela Minikus (SP) und Tobias Oetiker (OJ) betr. Fachkommission für
Baukultur und nachhaltige Stadtentwicklung
- ** 10.07 Auftrag Marc Winistörfer (SVP) und MU betr. Nachtragskredite transparent
ausweisen
- ** 10.08 Auftrag Stefanie Kurt (SP) und Stephan Bielser (SP) betr. Kostenlose Abgabe von
Abfallsäcken in der Stadt Olten
- ** 10.09 Auftrag Stefanie Kurt (SP) betr. Für mehr Transparenz: Stärkung der Nutzer*innen-
Erfahrung während den Live-Übertragungen des Gemeindeparlaments in der Stadt
Olten

- ** 10.10 Auftrag Stefanie Kurt (SP) und Kerstin Bütschi (SP) betr. Barrierefreies Olten für alle*
 - ** 10.11 Auftrag Marc Winistörfer (SVP) betr. Bonus/Malus-System: Einhaltung der finanzpolitischen Grundsätze soll sich lohnen
 - ** 10.12 Auftrag Nico Zila (FDP) betr. Für ein mehrheitsfähiges Oltner Kunstmuseum
 - ** 10.13 Interpellation Stefanie Kurt (SP) und Florian Eberhard (SP) betr. Quo vadis? Nachhaltige Stärkung der sozialen Institutionen in der Stadt Olten
 - ** 10.14 Überparteilicher Auftrag Stefanie Kurt (SP/JSP), Lukas Lütolf (GO/JGO) und MU betr. Stärkung der Sozialregion Olten: Sicherstellung der personellen Ressourcen für eine nachhaltige Mandatsführung
 - ** 10.15 Auftrag Luc Nünlist (SP) und Stefanie Kurt (SP) betr. Prävention und Sensibilisierung gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum
 - ** 10.16 Überparteilicher Auftrag Yael Schindler Wildhaber (GO), Florian Eberhard (SP) und MU betr. «Boden behalten – Olten nachhaltig gestalten»
 - ** 10.17 Auftrag Muriel Jeisy (Mitte) und MU betr. Zeitgemässe Behandlung von Kleinen Anfragen
- * Wegen Abwesenheit der Urheber auf nächste Session verschoben
- ** aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Guten Abend allerseits. Sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrte Stadträte, geschätzte Mitglieder des Gemeindeparlaments, werte Zuschauer/innen im Saal und zuhause. Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung des Gemeindeparlaments Olten. Ich danke euch für eurer Erscheinen und das Engagement für unsere Gemeinde. Ich bitte euch, die anstehenden Geschäfte sachlich, konstruktiv und im Sinn unserer Bevölkerung zu behandeln. Ich wünsche uns eine effiziente und erfolgreiche Sitzung.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. Mai 2026

Prot.-Nr. 51

Stellenerhöhung Mandatsführung Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz/ Genehmigung und Nachtragskredit

Sehr geehrter Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Der Stadtrat von Olten hat sich in seinem Regierungsprogramm 2025-2029 unter anderem die zwei nachfolgenden strategischen Ziele gesetzt:

- *Die Stadt Olten stärkt die Autonomie der Bevölkerung, sodass sich die Sozial- und Gesundheitsausgaben besser als das kantonale Mittel entwickeln. (Ziel 5)*
- *Die Stadt Olten hat als attraktive Arbeitgeberin motivierte Mitarbeitende und kann offene Stellen nahtlos besetzen. (Ziel 6)*

Innerhalb von Ziel 5 sollen die Qualitätsanforderungen in der Sozialregion überprüft werden. Die Ausgestaltung dieser Anforderungen hat ebenfalls einen Einfluss auf das Ziel 6. Das Ziel 5 soll unter anderem durch eine nachhaltige Senkung der Sozialhilfefälle wie auch Beistandsmandate erreicht werden. Die Senkung der Fälle, bzw. Mandate wiederum sollen durch Prävention (beispielsweise freiwilliger Kinderschutz) und durch die erfolgreiche Ablösung der Fälle erreicht werden.

Aufgrund der wachsenden Fallzahlen in der Sozialregion Olten (792 Mandate (2023) auf 863 Mandate (2025) und der hohen Anzahl extern geführten Mandaten im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes hat die Überprüfung in dieser Abteilung eine hohe Priorität. Die Anforderungen im Sozialamt werden durch das kantonale Projekt der harmonisierten Fallführung (HFF) bis zum 1.1.2028 ebenfalls überprüft. Dies erfolgt abgestimmt mit den weiteren Sozialregionen. Die Analyse in der Administration ist für das Jahr 2026 budgetiert und wird anschliessend politisch diskutiert.

Da die aktuellen Fallzahlen im AKES nicht mit den bestehenden Personalressourcen bewältigt werden können, entrichtet die Stadt Olten hohe Summen an externe Dienstleister, welche Abklärungen, sowie Mandate im Auftrag führen. Aufgrund der steigenden Zahl an Mandaten bei gleichbleibenden internen Ressourcen hat sich die Vergabe an externe Dienstleister kontinuierlich erhöht. Im Budget 2026 sind CHF 300'000.- für externe professionelle Mandatstragende budgetiert. Weitere CHF 100'000.- sind für private Mandatstragende und Anwälte bei juristisch komplexen Sachverhalten eingestellt. Der Stadtrat hat im Rahmen eines Gesprächsthemas am 22.12.2025 zur Kenntnis genommen, dass im Bereich der externen professionellen Mandatstragenden Handlungsbedarf besteht und der Direktion Soziales den Auftrag erteilt das hier vorliegende Geschäft auszuarbeiten.

Per Ende März 2026 weist die Sozialregion 578 aktive Mandate im AKES und 72 Mandate bei externen Dienstleistern aus. Von den aktuell 578 geführten Fällen werden 30 Fälle als «aktive Fälle» geführt, generieren jedoch für die SRO keine Arbeit mehr. Der Grund dafür ist, dass lediglich die abschliessende Aufhebung des Mandates durch die KESB noch ausstehend ist. Diese Erkenntnis führte zu einer durch die SRO angestossene Umfrage zur Handhabung aktiver Fälle bei den Sozialregionen des Kantons Solothurn sowie der KOKES (Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz) durch die Solothurner Sozialkonferenz (SoSoz). Die KOKES bestätigte, dass die genannten Fälle nicht als aktiv geführte Fälle gelten. Bei den Sozialregionen wird dies jedoch unterschiedlich behandelt. Für die SRO ist es klar, dass diese Fälle nicht mehr als aktiv geführt gelten und entsprechend nicht in die Planung einfließen. Somit führt die SRO aktuell 548 Fälle bei 700 Stellenprozenten, dies ergibt eine Fallzahl von 78 Fällen pro 100%. Die KOKES-Empfehlungen für Fallzahlen liegen bei 60 Mandaten im Erwachsenenbereich und 50 Mandaten bei Kindern.¹

Die Anzahl Fälle können nur bedingt gesteuert werden, da sie durch die KESB verfügt werden. Gesamtschweizerisch wie auch in der Sozialregion Olten steigen die Anzahl Mandate insbesondere durch demographischen Wandel in der Tendenz. Die einzige Schaltstelle, bei welcher eine gewisse Steuerung möglich ist, liegt bei der Abklärung von Gefährdungsmeldungen. Hier zeigt sich, dass intern durchgeführte Abklärungen zu weniger Massnahmen und somit weniger Mandaten führen als Abklärungen, welche durch externe Dienstleister erfolgen. Ein Grund dafür ist, dass interne Abklärungen interventionsbezogen erfolgen, was bei externen Abklärungen nicht der Fall ist.

2. Erwägungen

Art. 400 Abs. 1 ZGB verlangt, dass die Erwachsenenschutzbehörde als Beistand oder Beiständin eine natürliche Person ernennt, die für die vorgesehenen Aufgaben persönlich und fachlich geeignet ist, die dafür erforderliche Zeit einsetzen kann und die Aufgaben selbst wahrnimmt. Art. 388 Abs. 2 ZGB sieht vor, dass die Selbstbestimmung im Rahmen behördlicher Massnahmen so weit als möglich erhalten und gefördert wird. Nach Art. 410 ZGB muss der Beistand oder die Beiständin Rechnung führen und sie der Erwachsenenschutzbehörde in den von ihr angesetzten Zeitabständen, mindestens aber alle zwei Jahre, zur Genehmigung vorlegen.

Die KOKES ist eine interkantonale Fach- und Direktorenkonferenz. Sie koordiniert die Zusammenarbeit der Kantone untereinander, mit dem Bund und nationalen Organisationen. Sie führt Fachtagungen durch, erhebt gesamt-schweizerische Statistik-Zahlen und gibt fachliche Empfehlungen ab. Grundsätzlich darf festgestellt werden, dass sich immer mehr Sozialdienste des Kantons Solothurn im KES-Bereich an diesen Empfehlungen orientieren und die Falllast in den vergangenen Jahren bei fast allen Sozialregionen - teilweise deutlich - reduziert werden konnte. Die Sozialregion Olten sieht die KOKES Empfehlungen als mögliche Zielgrösse an, möchte sich grundsätzlich jedoch am Median der Falllast aller Sozialregionen im Kanton Solothurn orientieren. Gemäss den letzten verfügbaren Daten aus dem Benchmark der Sozialregionen aus dem Jahr 2024 lag der Median der Fallbelastung bei 67/100%. Die SRO möchte sicherstellen, dass sie jeweils unter diesem Wert liegt. Damit kann sie ihre Arbeitgeberattraktivität erhöhen und anschliessend aufrechterhalten. Weiter ist es ihr mit den angepassten personellen Ressourcen möglich, Kontrollmechanismen einzuführen, um Schadensfälle zu vermeiden.

Damit die Fallbelastung über das ganze Jahr unter dem Median aller Sozialregionen liegt, wird ein Wert von 65 Fällen pro Vollzeitstelle für die Berechnung beigezogen. Bei aktuell 620

¹https://www.kokes.ch/application/files/2716/2814/0146/KOKES_Empfehlungen_Berufsbeistandschaften.pdf

aktiven Mandaten ergibt dies einen Stellenbedarf von 950% gegenüber den 700% welche aktuell für die Mandatsführung eingeplant sind. Mit dieser Strategie, gekoppelt mit dem Entscheid auf externe Mandate grundsätzlich zu verzichten, kann weiter die Qualität der Arbeit erhöht werden und somit sollten in Zukunft auch vermehrt Beistandschaften wieder abgelöst werden können. Ein solch klarer Richtungswechsel muss zwingend auch Auswirkungen auslösen an die Anforderungen, welche an die Mitarbeitenden gestellt werden. Es wird daher nach der Umstellung ein System eingeführt, welches die Fälle sinnvoll nach Aufwand kategorisiert.

Der Stadtrat ist überzeugt davon, dass diese Strategie nötig und sinnvoll ist. Die damit verbundene notwendige Erhöhung der Stellenprozente um 250% kann zu einem grossen Teil kompensiert werden, durch den Wegfall der Kosten der externen Mandate (Budget 2026: CHF 300'000.- für externe Mandate) sowie einer Senkung der Schadensfälle. Die durchschnittlichen Lohnkosten inkl. Sozialleistungen einer Vollzeitstelle im AKES betragen CHF 127'200, was einer Erhöhung von CHF 318'000 entspricht. Weiter ermöglicht diese Variante, dass die SRO als innovative, zeitgemässe und somit attraktive Arbeitnehmerin wahrgenommen wird, welche im Umkehrschluss auch selbstbewusst hohe qualitative Anforderungen an Mitarbeitende stellt und entsprechende Ergebnisse einfordert und erzielen kann.

Basierend auf den Ausführungen beinhaltet die Strategie im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz folgende Massnahmen:

- Die Falllast orientiert sich am Median der Sozialregionen des Kantons Solothurn und wird jeweils im Juni jedes Jahres z.H. des nächsten Budgets überprüft und ggf. angepasst. Ein Antrag für eine Anpassung erfolgt, wenn die Abweichung über 5% gegenüber dem kantonalen Median liegt.
- Es wird ein Kategorisierungssystem aufgebaut, welches sogenannte «ruhende Fälle» nicht mehr mitberücksichtigt und die aktiven Fälle unterteilt nach Aufwand. Weiter soll monatlich überprüft werden, welche Fälle auch durch private Mandatsträger übernommen werden könnten.
- Auf externe Mandatsträger wird im Grundsatz verzichtet.
- Die Mitarbeitenden im AKES sind in der Regel unbefristet angestellt, ein allfälliger Abbau erfolgt bei Wiederbesetzungen. Eine Anpassung erfolgt, wenn die Abweichung über 5% gegenüber dem kantonalen Median liegt.

3. Finanzielle Auswirkungen

Durch den Verzicht von externen Mandaten und eine Anpassung bei der Falllast, kommt es zu einer Erhöhung der Stellenprozente um 250%, welche mit Personalkosten von CHF 265'000.- sowie Sozialleistungen von CHF 53'000.- verbunden sind. Dazu kommen Infrastruktur- und IT-Kosten (Lizenzen) von ca. CHF 16'000.- im Falle von drei Anstellungen. Da die Anzahl Anstellungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt sind, werden diese Kosten im Rahmen der Nachtragskredite per Ende Rechnungsjahr beantragt. Es ist gleichzeitig nach Besetzung aller Stellen mit einer Einsparung von CHF 300'000 zu rechnen. Die Mehrkosten betragen demnach jährlich CHF 34'000.- Für das Jahr 2026 ist eine Anstellung ab 1. Juli angestrebt. Entsprechend entfallen 50% der angegebenen jährlichen Kosten.

Beschlussesantrag:

1. Der Stellenerhöhung Mandatsführung AKES per 1. Juli 2026 um 2.5 FTE in der Lohnklasse 19 wird zugestimmt.
2. Für die 2.5 FTE Mandatsführung für 6 Monate wird ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 132'500.- zugunsten von Konto 5726.3010.00 und CHF 26'500.- zugunsten von Konto 5726.3930.99 genehmigt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen

Gian Baumann, GPK: Im Namen der GPK darf ich zu diesem Geschäft Stellung nehmen. Der Stadtrat hat der GPK dargelegt, dass aktuell die Fallbelastung pro Vollzeitstelle sehr hoch ist und dass andererseits insbesondere die extern geführten Fälle beim Kinder- und Erwachsenenschutz hohe Kosten verursachen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, strebt der Stadtrat einerseits an, keine Fälle mehr extern zu führen und diese Zukunft intern abzudecken und andererseits die Fallbelastung auf 65 Fälle zu beschränken. Dieser Benchmark orientiert sich am Median der Solothurner Sozialregionen. Es wurde die Frage aufgeworfen, wieso man genau diese Grösse als Benchmark nimmt und nicht gerade die KOKES-Richtlinien oder aber auch Städte wie Aarau einbezogen hat. Der Stadtrat hat daraufhin ausgeführt, dass die vorliegende Lösung eine Abwägung ist zwischen der Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt und dem finanziellen Spielraum der Stadt. Die benötigten 250 Stellenprozent werden zu Personalkosten von CHF 265'000, Sozialleistungen von CHF 53'000 und Infrastruktur- und IT-Kosten von CHF 16'000 führen. Für die restlichen Monate dieses Jahres würde ein Nachtragskredit von CHF 132'500 nötig. Gleichzeitig werden aber CHF 300'000 eingespart durch die wegfallenden extern geführten Fälle. Mit dem neu geschafften Mechanismus werden die nötigen Stellprozent im Parlament beantragt, damit die 65 Fälle pro Vollzeitstelle eingehalten werden. Dementsprechend war es dem Stadtrat wichtig zu betonen, dass es sich nicht um einen Automatismus handelt. Es wurde kritisiert, dass die Stellen nicht im Rahmen des Budgetprozesses beantragt werden. Darauf hat der Stadtrat entgegnet, dass man im Budget 2026 bewusst keine Stellen beantragt hat, aber man jetzt in der aktuellen, angespannten Situation nicht mehr länger zuwarten will. Nach all diesen Erläuterungen und Diskussionen hat die GPK den Beschlussesantrag des Stadtrats unterstützt. Danke.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Der GPK-Sprecher hat schon das meiste gesagt. Vielen Dank für die Erläuterungen zu diesem Geschäft aus dem Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz der Sozialregion Olten. Es gibt zwei wichtige Themen, die hier enthalten sind. Ich würde es gerne nochmals wiederholen, damit es auch klar vorliegt. Es geht einerseits um die Anzahl der Mandate, welche eine Berufsbeiständin und ein Berufsbeistand bei uns führt, und andererseits um die Rücknahme von extern geführten Mandaten. Beide sind hier aber auch bekannte Themen. Wir hatten sie unter anderem in der dringlichen Interpellation der GLP/Mitte/EVP-Fraktion im vergangenen November in diesem Rat teilweise schon behandelt. Bei der Anzahl geführter Mandate haben wir uns, der GPK-Sprecher hat es auch ausgeführt, für einen Mechanismus entschieden, der sich am Median der Fallbelastung aller Sozialregionen im Kanton Solothurn orientiert. Das ist möglich mit einem neuen Benchmarking der 13 Sozialregionen. So haben wir immer Zahlen vorliegend, die man zur Hand nehmen kann. Wir haben das bewusst nicht mit einem Automatismus verbunden, sondern mit einem

Mechanismus, der am Schluss zu einem Geschäft führt, ein Geschäft, wie es heute auch hier bei uns vorliegt. Wir wollen mit diesem Entscheid einerseits den Beiständen mehr Zeit für die Arbeit mit den Klientinnen und Klienten zur Lösung von anspruchsvollen Lebenslagen, aber andererseits, das ist mir wirklich bewusst auch wichtig, die Konkurrenzfähigkeit verbessern auf einem Arbeitsmarkt, wo ganz klar ein Fachkräftemangel herrscht, und zwar nicht nur rein bei uns, sondern schweizweit, wenn es darum geht, Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände zu suchen. Ein weiterer wichtiger Entscheid, der gekoppelt ist, ist die Rücknahme der extern geführten Mandate. Die aktuell 72 extern geführten Mandate verursachen jährliche Kosten von CHF 300'000, während sie intern beistandseitig Kosten von rund CHF 140'000 verursachen. Es ist darum aus unserer Sicht klar kosteneffizienter, diese Mandate selber zu führen. Insgesamt führt das Geschäft zusammengefasst zu einer Pensenerhöhung von zweieinhalb Vollzeitstellen und ist unter dem Strich verbunden mit Mehrkosten im Umfang von rund CHF 34'000. Wir sind aber klar der Meinung, dass das mit der Einsparung von jährlichen Schäden sogar kompensiert werden könnte. Wir könnten so die verschiedenen Themen, die ich erläutert habe, beinahe kostenneutral unter Dach und Fach bringen. Es ist mir aber wichtig zu betonen, dass das Ganze eine gewisse Übergangsfrist braucht. Wir müssen zuerst die Beistandspersonen finden, anschliessend die Übergabe sauber aufgleisen und können dann die effektiven Kosten reduzieren. Es soll euch nicht erstaunen, wenn es bei den extern geführten Mandaten auch im Budget 2027 noch einen Budget-Posten hat. Er ist aber sicher kleiner. Aber, auch das ist wichtig, wir müssen diesen Wert bereits im nächsten Monat abgeben. Es ist auch ein bisschen Daumen hochheben, wie viel Personal wir in den nächsten sechs Monaten effektiv finden. Wie gesagt, ist es nicht so einfach. Ich bin aber überzeugt, dass wir mit diesem Beschluss ein besseres Angebot machen können und hoffe, dass wir bis Ende Jahr diese Stellen besetzt haben. Besten Dank für die Unterstützung.

Claudia Schmid, Fraktion SP/JSP: Für uns ist, vermutlich wenig überraschend, klar, dass wir diese Stellenerhöhung selbstverständlich unterstützen. Ehrlich gesagt sind wir froh, dass unsere Forderung nach einer stärkeren internen Mandatsführung endlich aufgenommen wurde. Denn wir sagen seit Jahren: intern vor extern. Nicht nur aus qualitativen Gründen, sondern wie man jetzt auch sieht, aus finanziellen. Externe Mandate kosten uns sehr viel Geld. Gleichzeitig fehlt oft Kontinuität und Nähe zu der Sozialregion. Wenn wir die Mandate selbst führen, behalten wir das Fachwissen intern, stärken die Zusammenarbeit und können längerfristig besser arbeiten. Darum ist der Schritt richtig und längst überfällig. Besonders wichtig finden wir auch den Grundsatz, künftig auf externe professionelle Mandatsträger möglichst zu verzichten. Das ist zielführend, wie gesagt, fachlich und finanziell. Unter dem Strich sparen wir, wenn wir die Arbeit selbst machen. Und gleichzeitig erhöhen wir aber vor allem die Qualität. Und genau darum muss es auch gehen. Menschen gut begleiten, früh stabilisieren und dadurch auch langfristig Folgekosten vermeiden. Positiv ist es für uns zu hören, dass die Fallzahl pro Stelle endlich nach unten angepasst wird. Das ist wichtig. Wer in diesem Bereich arbeitet, trägt enorme Verantwortung. Gute Arbeit braucht Zeit, Stabilität und tragbare Fallzahlen. Etwas irritierend finden wir aber schon, dass man sich dabei lieber am Median von anderen orientiert und nicht direkt an der KOKES-Richtlinie. Es wurde zwar bereits ausgeführt, weshalb der Stadtrat so entschieden hat, aber halt trotzdem. Die KOKES-Richtlinien wurden ja nicht einfach nach Bauchgefühl formuliert, sondern auf Grundlage von fachlichen Erfahrungen und Qualitätsstandards. Sie haben einen klaren Hintergrund. Der Schutz von Betroffenen, Qualität der Mandatsführung und realistische Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende. Darum hätten wir es begrüsst, wenn man den Mut gehabt hätte, sich konsequent an diesen Empfehlungen zu orientieren. Trotzdem ist die Vorlage ein klarer Schritt in die richtige Richtung. Darum, wie am Anfang gesagt, wir unterstützen den Antrag als Fraktion SP/JSP einstimmig. Vielen Dank.

Simon Bloch, Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion hat das vorliegende Geschäft zur Stellenerhöhung im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz eingehend beraten und unterstützt den Antrag des Stadtrates einstimmig. Für die FDP ist klar, dass eine funktionierende Mandatsführung zentral ist, und zwar sowohl für den Schutz der betroffenen Personen als auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit den öffentlichen Mitteln. Die heutigen Fallzahlen zeigen deutlich, dass die bestehenden Ressourcen nicht mehr ausreichen. Gleichzeitig ver-

ursacht die zunehmende Auslagerung an externe Mandatsträger hohe Kosten. Die FDP unterstützt ausdrücklich den strategischen Entscheid, in Zukunft stärker auf interne Lösungen zu setzen. Extern geführte Fälle sind häufig teurer und aus unserer Sicht oftmals auch weniger gut geführt als interne Mandate. Gerade bei sensiblen Kindes- und Erwachsenenschutzfällen braucht es Kontinuität, Nähe zur Sozialregion und eine klare Verantwortlichkeit. Positiv beurteilen wir auch, dass sich die Sozialregion künftig am Median der Solothurner Sozialregionen orientieren will und nicht an der KOKES -Richtlinie als starre Zielgrösse. Die KOKES-Empfehlungen können zwar eine Orientierungshilfe sein, sie dürfen aber nicht automatisch zu einem politischen Massstab werden. Entscheidend ist, dass die Stadt eine realistische, finanzierbare und gleichzeitig auch eine qualitativ gute Lösung verfolgt. Der Median der Sozialregionen bietet dafür eine pragmatische und sachgerechte Grundlage. Ebenso wichtig ist aus Sicht der FDP, dass künftig ruhende Fälle sauber ausgewiesen und Fälle differenzierter nach Aufwand kategorisiert werden. Dadurch entstehen mehr Transparenz und bessere Steuerbarkeit der Ressourcen. Die beantragte Stellenerhöhung verursacht zwar zuerst Mehrkosten, gleichzeitig werden aber auch erhebliche externe Kosten reduziert. Der Stadtrat zeigt auf, dass Qualität und Wirtschaftlichkeit kein Widerspruch sein müssen. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass dieser Schritt notwendig ist, um die Qualität der Mandatsführung langfristig sicherzustellen, die Mitarbeitenden zu entlasten und die Sozialregion als attraktive Arbeitgeberin zu stärken. Darum werden wir allen drei Beschlussanträgen zustimmen. Besten Dank.

Tobias Käser, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Die Fraktion GLP/Mitte/EVP ist geteilter Meinung. Die Befürworter unserer Fraktion sind der Meinung, dass die Stossrichtung, die Fallbetreuung durch interne Stellen zu besetzen, richtig ist. Sie sind überzeugt, dass die interne Fallbetreuung günstiger und effektiver ist, als es extern zu vergeben. Die Kritiker befürworten grundsätzlich die Stossrichtung ebenfalls. Sie können dem Bericht und Antrag in der vorgelegten Form aber nicht zustimmen. Das sind folgende Gründe. Punkt 1: Die Verständlichkeit des Berichts und Antrags erachten sie als ungenügend. Die Logik des Ziels 5 und 6 und der konkreten Stellenerhöhung bleiben nur indirekt nachvollziehbar. Es sind auch viele nicht relevante Informationen in einer schlecht nachvollziehbaren Reihenfolge im Bericht enthalten. Der Leser muss mehrere Sätze zusammenziehen, um zu verstehen, dass die Stadt wegen der wachsenden Fallzahlen und höheren externen Kosten mehr Kapazität schaffen will. Punkt 2 ist, dass der Bericht keine Klarheit über die langfristig eingesparten Kosten gibt. Der Stadtrat geht von der Annahme aus, dass die interne Fallbetreuung günstiger ist als eine externe Beratung. Nachvollziehbar oder erwiesen ist es aber nicht. Die Annahme hätte einfach und verständlich dargestellt werden können, wie in einem Business Case. Es würde darum gehen, wie viel die Gesamtkosten der internen Betreuung und wie viel sie gesamthaft mit der externen Betreuung betragen. Dann kommt dazu, wie lange die Übergangszeit dauert, bis die Fälle der externen Mandate intern übergeben wurden. Was kostet das? Kurz, wie in einer Breakeven-Rechnung: Wann sind die eingesparten Kosten höher als die externen Kosten und die Übergangskosten zusammen. Dazu gibt es noch zwei Perspektiven zu berücksichtigen. Neben den internen Lohnkosten und den externen Mandatskosten, die man gegenüberstellt, muss auch dargelegt werden, wie viel erfolgreicher die Betreuung ist, wenn weniger Fallzahlen von diesen 100% Stellen betreut werden als heute. Eine Vollkostenrechnung würde diesem Thema besser gerecht werden. Sonst sind wir davon überzeugt, dass das Thema mindestens einmal in der Budgetdebatte, also jährlich, auf den Tisch kommt und nicht besser wird. Vielen Dank.

Lukas Neumaier, Fraktion SVP: Unsere Fraktion lehnt den Antrag bei der Stellenerhöhung sowie im Nachtragskredit ab. Wie es vorher vom Stadtrat ausgeführt wurde, spart man unter dem Strich nicht. Wenn man das langfristig in die Zukunft berechnen würde, das muss man sagen, würde die Stadt mehr Geld ausgeben als der Stand jetzt ist. Darum werden wir das ablehnen. Danke.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Wir danken dem Stadtrat für den Bericht und Antrag. Für uns ist die Stellenerhöhung ein Schritt in die richtige Richtung und wir werden ihr einstimmig zustimmen. Die Erhöhung ist eine positive Entwicklung für die Klienten des AKES, die dadurch gezielter begleitet und unterstützt werden können. Durch die Reduzierung der Fallbelastung

steigt auch die Attraktivität der Arbeitgeberin Stadt Olten bzw. der Sozialregion stark an. Mit dem Blick auf den Fachkräftemangel, auch in dieser Branche, werten wir das als sehr positiv. Wir hoffen, dass das AKES durch diese Massnahmen an Stabilität im Bereich der Entwicklung des Personals gewinnen kann. Aus unserer Sicht hat diese Stabilität wiederum einen direkten positiven Einfluss auf die Klienten. Diese Gewinne an Verlässlichkeit in der Begleitung und ein langfristiger und unterstützender Beziehungsaufbau mit den Beiständen wird möglich. Durch den Wegfall der externen Mandate wird die Erhöhung weitgehend kompensiert, was für uns und auch für alle hier, die dem nicht zustimmen, ein zentrales Argument für den Antrag sein sollte. Wer dieser Erhöhung nicht zustimmt, legt der Sozialregion und dem AKES aktiv Steine in den Weg zur Weiterentwicklung und Optimierung. Und er torpediert gleichzeitig auch die Legislaturstrategie des Stadtrats. Der Stadtrat setzt sich nämlich unter Punkt 6 zum Ziel, dass die Stadt als attraktive Arbeitgeberin motivierte Mitarbeitende hat und offene Stellen nahtlos besetzen kann. Wie ihr alle wisst, ist das im Moment ein riesiges Thema mit diesen offenen Stellen, besonders im Bereich AKES und in der Sozialregion. Wir freuen uns sehr, dass diese Stellenerhöhung von einem breiten Feld von Leuten hier im Saal mitgetragen wird. Wir wünschen uns, dass auch diejenigen, die noch kritisch sind, sich das doch noch einmal überlegen würden.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Gerne nehmen ich Stellung im Namen der Fraktion GO/JGO. Wir danken dem Stadtrat und dem GPK-Sprecher für die Ausführungen zum vorliegenden Bericht und Antrag. Leider müssen wir beim vorliegenden Geschäft von einem Evergreen sprechen. Die Fallbelastung im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz ist seit Jahren zu hoch. Der demografische Wandel und auch sonstige gesellschaftliche Grössenentwicklungen treiben sie weiter nach oben. Auch wir haben in den letzten Jahren mehrmals hier im Saal über die Fallbelastung und die damit verbundenen Auswirkungen gesprochen und Entscheidungen getroffen, die uns heute letztlich zu diesem Antrag führen, der auf dem Tisch liegt. Im November 2023 haben wir einen Automatismus, der die Stellenerhöhungen direkt an die Falllast gekoppelt hätte, abgelehnt. Und im November 2024 haben wir über den Stichentscheid des heutigen Stadtrates Thomas Fürst zusätzliche 160 Stellprozente in der Sozialregion ebenfalls verhindert. Wie wir heute gesehen haben, haben diese Entscheidungen das Problem nur auf die lange Bank geschoben, respektive viel städtische Gelder zu professionellen, externen privaten Mandatsführungen geleitet. Wie der Stadtrat im Bericht ausführt, reden wir hier von mehreren Hunderttausend Franken jährlich. Dazu kommt die Arbeitsbelastung in der Sozialregion und der Frust bei vielen Mitarbeitenden, sich mit den Betroffenen nicht genügend auseinandersetzen zu können. Der Stadtrat beantragt aber heute nicht nur eine Stellenerhöhung im AKES, sondern legt es eben auch präzise dar, an welchen Kennzahlen und Grundsätze er sich dabei orientieren möchte. Wir finden dabei den strategischen Verzicht auf externe Mandatstragende, sowie die Orientierung am kantonalen Median sinnvoll und dies ermöglicht dem AKES schlussendlich mehr Handlungsspielraum. Uns würde neben dem kantonalen Median aber eben trotzdem auch der Vergleich mit den Städten aus anderen Kantonen, aber vielleicht ähnlichen Kontexten wie Aarau oder Liestal interessieren. Vielleicht kann das der Stadtrat mal noch nachliefern. Dass wir grundsätzlich eine noch tiefere Falllast bevorzugen würden, wisst ihr ebenfalls. Der entsprechende Auftrag ist aktuell noch hängig. Und auch das angepasste Categoriesystem für die Fallbeurteilung wird für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit sorgen. Finanziell überzeugt uns das Vorgehen ebenfalls. Mit dem Wegfall von Budgetposten für externe Mandate und eine nachweislich effizientere Senkung von Schadensfällen zahlen sich die zusätzlichen Stellen aus. Davon sind wir überzeugt. Und liebe GLP/Mitte/EVP-Fraktion, das ist durchaus auch bereits hinreichend bewiesen. Ich verweise auch gerne auf die PASS-Studie mit dem Beispiel Winterthur. Wir anerkennen zudem, dass aufgrund des akuten Handlungsbedarfs, den der Gesamtstadtrat schliesslich kurz vor Weihnachten letztes Jahr definitiv festgestellt hat, eine schnellstmögliche Ausschreibung notwendig ist und der entsprechende Antrag nicht erst in die Budgetdebatte im November kommen kann. Die GO/JGO werden dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen. Wir freuen, dass sich hier allem Anschein nach eine ganz passable Mehrheit im Parlament abzeichnet.

Darryl Fiechter (Mitte): Vielen Dank für eure Voten. Auch wenn die Mehrheiten klar sind, bin ich trotzdem einer, der skeptisch ist, ob die Stellenerhöhung den Sinn erfüllen wird. Und zwar nicht aus finanzieller Sicht. Da bin ich auch der Meinung, dass es die Stellenerhöhung braucht und dass wir wahrscheinlich in Zukunft sogar noch weitere Stellen werden sprechen müssen, weil die Tendenz eines Bevölkerungswachstums auch in der Stadt Olten erwiesen ist. Die Zahlen zeigen mehr nach oben als nach unten und dann wird man gezwungenermassen auch mehr Fälle haben, welche man in den Behörden betreuen muss, die man auch begleiten muss. Ich habe meine Zweifel, dass die Kompetenzen, die es für die doch komplizierteren, komplexeren Fälle, die man extern abgibt, dass man die intern, und das ist jetzt vielleicht einfach ein Hinweis von meiner Seite, mit dem Personal, das man führen möchte in dieser Einordnung der Stufe 19, dass das wahrscheinlich nicht ausreichend ist. Dass man vermutlich in dieser Lohnstufe Leute mit den notwendigen Kompetenzen, die es braucht, um die komplexen Fälle zu behandeln, nicht bekommt. Ich weiss es nicht. Der Markt ist relativ knapp dran. Es hat Personalmangel. Das ist einfach aus meiner Sicht noch ein Hinweis, dass man sich das vielleicht auch überlegen muss. Ich habe einfach die Befürchtung, dass man die Kompetenzen nicht bekommt, mit allen Bemühungen, um diese Stellen zu besetzen und dass schlussendlich im externen Mandat die komplexen Fälle liegen bleiben und auch im Budget 28 und 29 noch immer enthalten sind und dass wir hier Stellen sprechen, welche diese Fälle gar nicht aufnehmen können. Darum werde ich diesen Antrag ablehnen. Besten Dank fürs Wort.

Nico Zila (FDP): Es ist etwas Schönes im Leben und eigentlich auch etwas Urliberales, zwischendurch schlauer zu werden und auf vergangene Entscheidungen immer mal wieder zurückzukommen und sich zu überlegen, ob sie heute noch richtig sind. Genau so war die Entwicklung der Meinungsbildung in der FDP-Fraktion. Wir haben gesehen, was passiert. Einzelne können jetzt zurückblicken und sagen, wir haben es immer schon gesagt und hatten recht. Ich weiss nicht, ob das langfristig ein gutes Gefühl gibt. Vielleicht das im Moment ist etwas Schönes. Aber wir werden heute mit Überzeugung diesem Geschäft zustimmen. Ich möchte etwas zu bedenken geben. In dieser Strategie gibt es einen Punkt, der mir etwas Sorge bereitet. Wenn ich diesen lese, gehe ich davon aus und so wie ich den Sozialdirektor auch kenne, dass er mit Augenmass umgesetzt wird. Es ist das Kategorisierungssystem. Ich bin beruflich verantwortlich für das Wohlergehen von ein paar hundert Schülerinnen und Schülern tagsüber, aber eigentlich im Herzen auch 24/7. Wer heute gut unterwegs ist, hat nächste Woche Probleme und wer heute Probleme hat, ist zum Glück nächsten Monat wieder gut in der Spur. Ich möchte davor warnen, dass man zu viel Energie verschwendet, um nicht an den Fällen zu arbeiten, sondern um irgendwelche Excel-Listen zu führen oder Kategorien zuzuteilen. Das finde ich nicht so zielführend. Nehmt diese Ressourcen auf und setzen sie an der Front bei den Leuten ein, die diese Unterstützung benötigen.

Schlussabstimmung

Mit 30 : 10 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Stellenerhöhung Mandatsführung AKES per 1. Juli 2026 um 2.5 FTE in der Lohnklasse 19 wird zugestimmt.
2. Für die 2.5 FTE Mandatsführung für 6 Monate wird ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 132'500.- zugunsten von Konto 5726.3010.00 und CHF 26'500.- zugunsten von Konto 5726.3930.99 genehmigt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:

Direktionsleitenden entsprechende Direktion(en)

**Stellenerhöhung Mandatsführung Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz /
Genehmigung und Nachtragskredit**

Abstimmungsergebnis insgesamt

30 JA 0 ENTH. 10 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Peduzzi	Gianluca	FDP	JA
Huber	Silvia	GLP	NEIN
Käser	Tobias	GLP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Weibel	Patrick	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Tišcenko	Dshamilja	Olten jetzt!	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Borner	Matthias	SVP	NEIN
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Neumaier	Lukas	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. Mai 2026

Prot.-Nr. 52

Bericht und Jahresrechnung 2025 – Städtische Betriebe Olten (sbo)

Sehr geehrter Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen, gestützt auf § 9 Abs. 2 der Statuten sbo, den Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2025. Die Detailinformationen können der Beilage «Bericht und Rechnung sbo 2025» entnommen werden.

Inhalt

1. Einleitung
2. Erläuterungen zu den Sparten
3. Weitere Kommentare
4. Erfolgsrechnung
5. Bilanz
6. Geldflussrechnung
7. Investitionen in Sachanlagen
8. Kennzahlen
9. Bar- und Sachleistungen zugunsten Einwohnergemeinde Olten (EGO)
10. Revisionsstelle
11. Beschlussesantrag

1. Einleitung

Das Geschäftsjahr 2025 war für die sbo geprägt von wichtigen operativen und strategischen Projekten, von intensiver Zusammenarbeit mit Partnern und politischen Behörden sowie von anspruchsvollen Rahmenbedingungen im regulatorischen Umfeld.

Der Stadtrat und der Verwaltungsrat sbo sind vor diesem Hintergrund erfreut, Ihnen für das Jahr 2025 einen erfolgreichen Geschäftsabschluss präsentieren zu dürfen.

Jahresgewinn vor Verzinsung	3.4 Mio. CHF	Vorjahr: 2.5 Mio. CHF
Jahresgewinn nach Verzinsung	2.1 Mio. CHF	Vorjahr: 1.5 Mio. CHF
Operativer Cashflow ¹	9.1 Mio. CHF	Vorjahr: 11.6 Mio. CHF
¹⁾ Geldfluss aus Geschäftstätigkeit		
Kontokorrentverbindlichkeit ggü EGO	4.7 Mio. CHF	Vorjahr: 4.4 Mio. CHF
Nettoinvestitionen	7.0 Mio. CHF	Vorjahr: 6.9 Mio. CHF
Bruttoinvestitionen	8.9 Mio. CHF	Vorjahr: 8.9 Mio. CHF

2025 war das 24. Betriebsjahr der Aare Energie AG (a.en). Das gesamte Personal ist bei der a.en angestellt. Anlässlich der a.en GV wurde keine Dividende beschlossen und ausbezahlt.

2. Erläuterungen zu den Sparten

Elektrizitätsversorgung

Die abgerechnete Energiedurchleitung (= Gesamter Stromverbrauch aller Kundinnen und Kunden im Versorgungsgebiet sbo – auch mit nicht sbo-Kunden) bewegte sich mit 135.8 Mio. kWh um 1.9 % unter der im Vorjahr abgerechneten Energiedurchleitungen.

Der Aufwand für das Netzentgelt schlägt insgesamt tiefer zu Buche; und dies hauptsächlich bei der Abgabe für Systemdienstleistungen (SDL) an die Swissgrid, als auch bei der Stromreserve. Eine allfällige Unter- oder Überdeckung aus dem Erlös beim Netzentgelt wird entsprechend den Vorgaben der EICom berücksichtigt und in die Kalkulation der Folgejahre einfließen.

Der Energieverkauf an Endverbraucher nahm um 6.0 Mio. kWh oder 7.1 % zu. Die höhere Beschaffungsmenge führten bei tieferen Marktpreisen zu tieferen Beschaffungskosten. Diese Kosten wurden an die Endverbraucher – sowohl im Markt als auch in der Grundversorgung – weitergegeben. Entsprechend tiefer fielen auch die Vergütungen für aus PV-Anlagen ins Netz zurückgelieferte Energie aus.

Unter Vorjahresniveau fielen auch die Beschaffungskosten für die Herkunftsnachweise über den ökologischen Mehrwert für die einzelnen Stromprodukte aus. 83 % aller Kundinnen und Kunden wurden mit einem Strommix aus 100 % erneuerbaren Strom beliefert. In den verschiedenen Stromprodukten sind rund 3.8 Mio. kWh Solarstrom enthalten.

Gegenüber dem Vorjahr fielen der Betriebsaufwand wie der Betriebsertrag wesentlich unter dem Vorjahreswert aus.

Gegenüber den Budgetvorgaben fielen sowohl Aufwand und Ertrag tiefer aus.

Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung

Der Gasverkauf von 524.3 Mio. kWh bewegte sich – infolge höherer Anzahl Heizgradtage und höherem Bedarf seitens Industriekunden – mit einer Zunahme von 16.7 Mio. kWh oder 3.3 % über dem Vorjahresniveau. Der Wärmeabsatz konnte auf 6.9 GWh gesteigert werden.

Zum sechsten Mal in Folge konnten die Gaspreise per 1. April 2025 gesenkt werden. Gleichzeitig wurde der Anteil Biogas im Standardprodukt von 30 % auf 35 % erhöht. Diese Preisentwicklung wurde möglich dank weiterhin «entspannter» Lage an den Gasmärkten.

Gegenüber dem Vorjahr

sank der Ertrag trotz höherer Absatzmengen infolge tieferer Preise. Analog sank der Aufwand. Die tieferen Beschaffungspreise wurden an die Endkundinnen und –kunden mit Preissenkungen weitergegeben.

Gegenüber den Budgetvorgaben

wurde infolge tieferer Absatzmengen ein tieferer Ertrag erwirtschaftet. Analog sank der Aufwand.

Wasserversorgung

Der Wasserverkauf inkl. Gratisabgabe an die öffentlichen Brunnen stieg um 51'149 m3 oder 2.3 % gegenüber dem Vorjahreswert. In Olten fielen der Grundverbrauch um 2.1 % höher sowie der Mehrverbrauch um 6.3 % höher aus. In Trimbach wurde über den Grund- bzw. Mehrverbrauch eine Absatzerhöhung von 3.3 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Bei den übrigen Aussengemeinden blieb der Wasserkonsum praktisch unverändert.

Gegenüber dem Vorjahr

präsentiert sich ein höherer Ertrag bei einem tieferen Aufwand.

Gegenüber den Budgetvorgaben

wurde ein höherer Ertrag erzielt. Im Weiteren fiel der Aufwand bei höheren Unterhaltskosten und tieferen Abschreibungen über Budget aus.

Finanzabteilung

Bei der Finanzabteilung fielen die Aufwände infolge höherer Dienstleistungsverrechnungen der a.en und höherer Finanzerträge, welche zu tieferen Umlagen auf die Geschäftsbereiche führten, über den Budgetvorgaben aus. Wie in den Vorjahren wurden die Aufwände auf die entsprechenden Geschäftsbereiche umgelegt.

3. Weitere Kommentare

Kontokorrentguthaben gegenüber der Einwohnergemeinde (EGO)

Betrag dieses im Vorjahr 4.4 Mio. CHF, beläuft sich nun die Kontokorrentverbindlichkeit gegenüber der EGO auf 4.7 Mio. CHF. Diese Saldoentwicklung wurde zwischen den sbo und der Finanzverwaltung EGO abgesprochen.

Risikomanagement

Die sbo verfügen über ein Risikomanagement, welches die Risiken der Geschäftsbereiche Elektrizität, Erdgas / Biogas / Wärme sowie Wasser periodisch beurteilt. Ausgehend von der jährlich durchgeführten Risikoidentifikation, werden die wesentlichen Risiken auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und deren Auswirkung bewertet. Mit entsprechenden, vom Verwaltungsrat der sbo beschlossenen Massnahmen, werden diese Risiken vermieden, ver-

mindert oder abgesichert. Die aktuelle Risikobeurteilung wurde durch den Verwaltungsrat der sbo am 11. Dezember 2025 verabschiedet.

Steuerpflicht

Bezogen auf das Geschäftsjahr wurde ein Steueraufwand von 0.5 Mio. CHF abgegrenzt (ca. je zur Hälfte für die Stadt und den Kanton). Bundessteuern werden keine erhoben.

Stille Reserven (Rückstellungen und Delkredere)

Der Ausweis der Netto-Auflösung von stillen Reserven im Anhang bzw. bei den Erläuterungen der Jahresrechnung muss erst aufgeführt werden, wenn dadurch eine Verbesserung des erwirtschafteten Ergebnisses von mehr als 10 % dargestellt wird.

Wie unter der Anmerkung erwähnt, sind auf den Sachanlagen keine stillen Reserven vorhanden. Seitens Revisionsgesellschaft wurden Rückstellungen für Marktrisiken und Delkredere in der Höhe von 0.084 Mio. CHF als stille Reserven aufgelöst. Das ausgewiesene Ergebnis wurde dadurch reduziert.

Vergütungen (Personalaufwand)

Die sbo haben kein eigenes Personal. Bei den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Aufwendungen handelt es sich hauptsächlich um die Entschädigungen für den Verwaltungsrat. Seit 1.8.2021 betragen die Vergütungen für den Verwaltungsrat:

Präsident	24'800 CHF
Vizepräsident	18'800 CHF
Mitglied	16'800 CHF

Ausserhalb des Geschäftsberichtes der sbo werden folgende Vergütungen offengelegt:

Die Vergütung für den Verwaltungsrat a.en betrug im Berichtsjahr insgesamt 133'386 CHF. Seit 1.8.2021 betragen die Vergütungen:

Präsident	28'600 CHF
Vizepräsident	19'600 CHF
Mitglied	17'600 CHF

Sämtliche Mitarbeitenden sind in der a.en angestellt, so auch die Geschäftsleitung (4 Personen), welche sowohl als Geschäftsleitung a.en wie sbo in Personalunion fungiert. Deren Brutto-Lohnsumme betrug im Berichtsjahr 798'216 CHF (ohne den variablen Lohnanteil, welcher max. 10 – 20 % beträgt).

4. Erfolgsrechnung

[in Tsd. CHF] Details ohne Budget im Geschäftsbericht; Seite 18	Rechnung 2025	Budget 2025	Rechnung 2024
Betriebsertrag	94'780	95'795	112'657
Betriebsaufwand	-83'516	-86'499	-100'430
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (EBITDA)	11'264	9'296	12'227
Abschreibungen	-6'488	-6'708	-6'434
Betriebsergebnis (EBIT)	4'776	2'588	5'793
Finanzergebnis	508	436	643
a.o. Ergebnis	-1'417	0	-3'406
Jahresgewinn vor Verzinsung Dotationskapital	3'339	2'462	2'500
Verzinsung Dotationskapital	-1'330	-980	-980
Jahresgewinn	2'009	1'482	1'520

Der tiefere Betriebsertrag gegenüber dem Budget ergibt sich vor allem aus den tieferen Umsätzen im Geschäftsbereich Erdgas/Biogas/Wärme infolge tieferer Absatzmenge und Preissenkung. Analog zur tieferen Absatzmenge reduziert sich die Beschaffungsmenge, was zu tieferen Beschaffungskosten führt. Vor allem die höheren Absatzmengen und tieferen Beschaffungskosten beim Strom und die höhere Absatzmenge beim Wasser führen zu einem höheren Bruttogewinn.

Die ordentlichen Abschreibungen fallen leicht tiefer als budgetiert aus.

Schlussendlich resultiert ein um 1.0 Mio. CHF höheres Betriebsergebnis gegenüber Budget. Infolge tieferem Zinsaufwand fiel das Finanzergebnis über Budget aus. Beim ausserordentlichen Ergebnis konnten Rückstellungen gebildet bzw. aufgelöst werden.

Nach der Verzinsung des Dotationskapitals, welche infolge Wegfalls des Verwaltungskostenbeitrags erhöht wurde, wird ein über Budget liegender Jahresgewinn ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahresergebnis liegt der Jahresgewinn höher.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

5. Bilanz

[in Tsd. CHF] Details ohne Veränderung im Geschäftsbericht; Seite 19	Rechnung 2025	Veränderung	Rechnung 2024
Umlaufvermögen	38'229	-4'760	42'989
Anlagevermögen	159'449	3'961	155'488
Total Aktiven	197'678	-799	198'477
Fremdkapital kurzfristig	17'662	-3'930	21'592
Fremdkapital langfristig	38'547	-19	38'566
Eigenkapital	141'469	3'150	138'319
Total Passiven	197'678	-799	198'477

Die Eigenkapitalquote ist – bei leicht tieferer Bilanzsumme – mit 71.6 % gegenüber dem Vorjahr (69.7 %) gestiegen. Die hauptsächlichen Veränderungen ergeben sich wie folgt: Beim Umlaufvermögen mit der Abnahme der flüssigen Mittel und den Aktiven Rechnungsabgrenzungen und der Abnahme bei den Forderungen. Beim Anlagevermögen aus der Netto-Zunahme der Sachanlagen, der Zunahme bei den Beteiligungen und der Abnahme der Finanzanlagen, sowie des Aktionärsdarlehens an die a.en für das neue Betriebsgebäude zurückzuführen ist.

Das kurzfristige Fremdkapital nahm vor allem infolge der tieferen übrigen Verbindlichkeiten ab und das langfristige Fremdkapital erhöhte sich auf Grund höherer Rückstellungen. Schliesslich wird das Eigenkapital mit der statutarischen Reservezuweisung des Vorjahrsgegewinn ausgewiesen.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

6. Geldflussrechnung

[in Tsd. CHF] Details ohne Veränderung im Geschäftsbericht; Seite 20	Rechnung 2025	Veränderung	Rechnung 2024
Geldfluss aus Geschäftstätigkeit	9'139	-2'427	11'566
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-11'881	-4'565	-7'316
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-329	-394	65
Veränderung des Fonds Flüssige Mittel	-3'071	-7'386	4'315
Bestand Flüssige Mittel zu Beginn Berichtsjahres	17'017	4'315	12'702
Bestand Flüssige Mittel am Ende Berichtsjahres	13'946	3'071	17'017
Veränderung Flüssige Mittel	-3'071	7'386	4'315

Der Fonds Flüssige Mittel ist gegenüber dem Vorjahr wesentlich höher. Die hauptsächlichen Veränderungen ergeben sich wie folgt:

Beim Geldfluss aus Geschäftstätigkeit resultiert eine negative Veränderung um total 2.4 Mio. CHF. Dies hauptsächlich infolge einer tieferen Abnahme von Forderungen und aktiven Rechnungsabgrenzungen und einer höheren Abnahme der übrigen Verbindlichkeiten.

Der negative Geldfluss aus Investitionstätigkeit fällt infolge Beteiligung an der Wärmeverbund Hagmatt AG über Vorjahrsniveau aus.

Beim Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit ergibt sich vor allem auf Grund der höheren Verzinsung des Dotationskapitals eine negative Veränderung. Die Darlehensreduktion erfolgte auf Grund der geplanten Rückzahlung durch die a.en.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

7. Veränderung Sachanlagen

[in Tsd. CHF]	Rechnung 2025	Rechnung 2024
Details ohne Budget siehe Geschäftsbericht; Seite 25		
Elektrizitätsversorgung (Energie / Netz / Dienstleistung)		
Bruttoinvestitionen Elektrizität Netz	4'933	3'863
Bruttoinvestitionen öffentliche Beleuchtung (öB)	796	1'778
Bruttoinvestitionen in Photovoltaik	96	316
Bruttoinvestitionen übrige Dienstleistungen	107	201
Bruttoinvestitionen	5'932	6'158
abzüglich Beiträge / Erlöse Allgemein	-651	-650
abzüglich Beiträge / Erlöse von EGO für öB	0	0
abzüglich Devestition (Verschrottung)	-299	-396
Nettoinvestitionen	4'982	5'112
Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung		
Bruttoinvestitionen in Betriebsanlagen	1'449	1'199
abzüglich Beiträge / Erlöse	-18	0
abzüglich Devestition (Verschrottung)	-35	-3
Nettoinvestitionen	1'396	1'196
Bruttoinvestitionen in Betriebsanlagen/Grundstücke	1'560	1'576
Bruttoinvestitionen	1'560	1'576
abzüglich Beiträge / Erlöse	-800	-967
abzüglich Devestition (Verschrottung)	-175	-46
Nettoinvestitionen	585	563
Total Bruttoinvestitionen	8'941	8'933
Total Nettoinvestitionen	6'965	6'871

Bei der Elektrizität wurde das Niederspannungsnetz auf einer Länge von 1.7 km und das Mittelspannungsnetz auf einer Länge von 1.9 km erneuert oder erweitert. Die Anzahl installierter Smart Meter konnte bis Ende Jahr planmässig auf knapp 9'000 St. erhöht werden, wovon 7'500 St. bereits ins Mess- und Abrechnungssystem integriert sind.

In der Gasversorgung erfolgte die Erneuerung von Gasleitungen gemäss den in den «Gasperspektiven» festgelegten Grundsätzen. Das Netz wurde auf einer Länge von ca. 660

m erneuert. Netzerweiterungen wurden keine realisiert. Erweitert wurde dagegen das Netz des Wärmeverbundes Bifang. Für den Wärmeverbund Hagmatt wurden weitere Vorleistungen erbracht und – gemeinsam mit den IWB – die Wärmeverbund Hagmatt AG gegründet.

In Olten und Trimbach wurde das Wassernetz auf einer Länge von ca. 1'160 m saniert. Dies entspricht etwa 1 % des gesamten Netzes, wobei die Sanierungsquote in Olten 0.6 % und in Trimbach 2 % betrug. Sechs Leitungsbrüche in Olten und deren siebzehn in Trimbach mussten behoben werden.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 161.4 % bzw. 131.2 % und die Schuldenabnahme 4.3 Mio. CHF bzw. 2.2 Mio. CHF je nach Cashflow Betrachtung.

8. Kennzahlen

[in Tsd. CHF]	2025	2024	2023	2022	2021
Geldfluss Geschäftstätigkeit	9'139	11'566	15'407	3'278	11'562
Nettoinvestitionen	6'965	6'871	7'387	4'920	8'795
Schuldenabnahme	2'174	4'695	8'020	-1'642	2'767
Selbstfinanzierungsgrad	131 %	168 %	209 %	67 %	131 %
Eigenkapitalquote	72 %	70 %	70 %	68 %	70 %
Kontokorrent Schuld bei EGO	4'695	4'363	5'633	9'666	9'094

9. Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO

[in Tsd. CHF]	2025	2024	2023	2022
Verwaltungskostenbeitrag	0	360	360	360
Verzinsung Dotationskapital	1'330	980	980	1'230
Konzessionsgebühren Strom/Gas/Wasser	1'520	1'542	1'511	1'691
Investitionen öffentliche Brunnen	0	50	33	71
Unterhalt öffentliche Brunnen, Hydranten	181	222	270	179
Wasser öffentliche Brunnen	183	170	145	145
Montage/Demontage Weihnachtsbeleucht.	85	77	71	75
Total	3'299	3'401	3'370	3'751

Die provisorischen Steuerveranlagungen der Einwohnergemeinde Olten für die Jahre 2022, 2023 und 2024 betrugen TCHF 138 bzw. TCHF 88 und TCHF 205. Für das Jahr 2025 beträgt die Steuerveranlagung etwa TCHF 211.

Im Jahr 2025 bezahlte die a.en 41 Tsd. CHF an Gemeindesteuern zuhanden der Einwohnergemeinde Olten.

10. Revisionsstelle

Das Gemeindeparlament wählte für das Geschäftsjahr 2025 die BDO AG, Olten, welche als Revisionsstelle über ausgeprägte und breit abgestützte Energiekompetenz verfügt. Für das Jahr 2026 wird die BDO AG, Olten erneut als Revisionsstelle empfohlen.

11. Beschlussesantrag

1. Es wird folgender Rechnungsabschluss 2025 der sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Jahresgewinn vor Verzinsung		CHF	3'338'679.03
b)	Verzinsung Dotationskapital		CHF	-1'330'000.00
c)	Jahresgewinn nach Verzinsung		CHF	2'008'679.03
	bestehend aus:			
	-Elektrizitätsversorgung Energie/Netz	Erfolg	CHF	354'027.37
	-Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung	Erfolg	CHF	2'000'112.48
	-Wasserversorgung	Erfolg	CHF	-345'460.82
	-Finanzabteilung	Erfolg	CHF	0.00
d)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	7'380'446.64
e)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	197'678'202.34

Die Gewinne respektive Verluste werden den statutarischen Gewinnreserven je Sparte zugewiesen respektive entnommen.

2. Der Bericht der Revisionsstelle der sbo vom 26.03.2026 wird zur Kenntnis genommen.

3. Der sbo Geschäftsbericht 2025 bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Tätigkeitsbericht, Corporate Governance und Finanzbericht wird genehmigt.

4. Dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der sbo wird die Entlastung erteilt.

5. Als Revisionsstelle der sbo wird für das Jahr 2026 die BDO AG, Olten, gewählt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Finanzkommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Manfred Schoger, FIKO: Im Namen der FIKO möchte ich zuerst dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung sowie der Revisionsstelle danken, dass sie sich an der letzten FIKO-Sitzung Zeit genommen haben und der ganzen FIKO Rede und Antwort gestanden sind. Bis jetzt war es so, dass die Direktion Finanzen und Dienste für die Beteiligung der SBO zuständig war. Neu ist es so, dass für den strategischen Bereich die Direktion Präsidium zuständig ist, und für den energetischen und für die infrastrukturellen Sachen die Direktion Bau. An der Sitzung war deshalb auch der Stadtpräsident Thomas Marbet dabei. Herzlichen Dank. Der Verwaltungsratspräsident hat in der Sitzung sehr professionell durch den Geschäftsbericht geführt und hat uns auf die wesentlichen Punkte hingewiesen. Der wichtigste Punkt vorab. Die SBO weist für das Jahr 2025 den Jahresgewinn nach Verzinsung von etwa CHF 2 Mio. aus. Der Gewinn vor der Verzinsung betrug etwa CHF 3.3 Mio. Der Gewinn setzt sich zusammen aus Elektrizitätsversorgung, Energienetz mit CHF 0.77 Mio. vor Verzinsung und CHF 0.35 Mio.

nach Verzinsung. Erdgas, Biogas, Wärmeversorgung CHF 2.8 Mio. vor der Verzinsung und CHF 2 Mio. nach der Verzinsung. Wasserversorgung: Der Bereich Wasser weist einen Verlust auf von CHF 0.25 Mio. vor Verzinsung oder CHF 0.34 Mio. nach Verzinsung. Sämtliche Sparten haben aber besser abgeschlossen als im Vorjahr. Und das Ganze ist bei einem Absatz basiert von 66.5 Mio. Kilowatt Strom, Gas und Wärme sowie 2.3 Mio. Kubikmeter Wasser. Dieser Gewinn ist 25 % höher als im Jahr 2024. Man kann somit sagen, dass die SBO ein erfolgreiches Jahr hinter sich hat. Und so hat man auch während der FIKO-Sitzung immer wieder mal gehört, dass man stolz sein dürfe auf das diesjährige Ergebnis der SBO. Ein Blick auf die Geldflussrechnung: Die Seite 20 im Geschäftsbericht zeigt, dass im Jahr 2025 rund CHF 4.6 Mio. mehr investiert wurden. Das sind knapp CHF 12 Mio. gegenüber CHF 7.3 Mio. von zuvor. Die Differenz ist unter anderem auch auf eine 50-prozentige Beteiligung am Wärmeverbund Hagmatt AG mit einem Betrag von CHF 4.5 Mio. zurückzuführen. Das zeigt, dass die SBO auch in eine zukunftsorientierte Wärmeversorgung investiert, so wie das in diesem Parlament mehrmals gefordert worden ist. Die Finanzkennzahlen wurden in der FIKO nicht gross hinterfragt. Festhalten muss man nur, dass der Verwaltungskostenbeitrag für die Stadt Olten nicht mehr ausbezahlt wurde. Dafür wurde die Verzinsung des Dotationskapitals entsprechend erhöht. Genau gleich hat die FIKO auch eine erste konsolidierte Rechnung der SBO und a.en gesehen. Vielmehr hat der restliche Teil des Geschäftsberichts zu reden gegeben. Die SBO braucht den erwirtschafteten Gewinn nämlich dringend. So hat das Investitionsvolumen in die Sachanlagen CHF 8.9 Mio. betragen, und wie ich zuvor schon gesagt habe, die CHF 4.5 Mio. in den Wärmeverbund Hagmatt. Viele Projekte sind im Jahr 2025 weiter vorangetrieben worden. Mit den neuen Gesetzen gibt es neue Aufgaben und Herausforderungen, die angegangen werden müssen, ein neues ERP-System wurde erfolgreich eingeführt, die budgetierten Kosten wurden eingehalten und es hat dabei keine zeitlichen Verzögerungen gegeben. Das Geschäft mit der Wärme ist nach wie vor essenziell für die SBO und stellt einige Schwierigkeiten dar. Einerseits generiert das Gasgeschäft einen Grossteil der Einnahmen, andererseits muss die SBO mit der Dekarbonisierung vorwärts gehen und das bindet sehr viel Kapital. Durch entsprechende Zertifikate hätte der Biogasanteil im Gasnetz standardmässig auf 35% erhöht werden können. Der Wärmeverbund Hagmatt wurde gegründet. Dies, weil erfreulicherweise das Kantonsspital Olten als neuer Kunde für den Wärmeverbund gewonnen werden konnte. Das Investment wird in der Geldflussrechnung abgebildet und ist im Geschäftsbericht entsprechend dokumentiert. Gleichzeitig muss das Ziel nun in Bezug auf das Gas ebenfalls im Auge gehalten werden. Das Wasser hat auch etwas zu sprechen gegeben. Die im Wasser gemessenen Werte für Nitrat und Chlorothalonil haben zu reden gegeben. Und wenn die SBO auch mehrfach betont hat, dass dies gute Werte sind, gibt es einige FIKO-Mitglieder, die das anders sehen. Sie sagen, dass die Werte in der Nähe der geltenden Grenzwerte seien oder sogar leicht darüber. Einige Mitglieder wünschen sich darum eine Rückmeldung der SBO, wie mit diesem potenziellen Risiko im schlimmsten Fall umgegangen werden soll und mit was für Kosten zu rechnen ist. Stichwort Wasserbehandlung. Da hätten sich ein paar Mitglieder der Finanzkommission ein progressiveres Vorgehen gewünscht, indem man z.B. bereits Rückstellungen für allfällige Massnahmen, z.B. einen Aktivkohlenfilter, hat man mehrmals versprochen, bilanziert hätte. Auf eine Minimierung des Eintrags zu hoffen, genügt hier nicht. Der Punkt, dass das Wasser (*unverständlich*) widerstandsfähiger und so gegen Ausfälle fit gemacht werden soll, ist wohlwollend aufgenommen worden. Dabei geht es in erster Linie um die neuen Wasserleitungen, welche mit den benachbarten Wasserversorgungen aufgebaut werden sollen. Dulliken und Aarburg sind hier im Gespräch. Die Preiserhöhung des Wassers, die auf das neue Jahr 2026 umgesetzt und vom Preisüberwacher und vom Kanton schon gutgeheissen wurden, hat nicht weiter zu reden gegeben. Genau so wurde der Tätigkeitsbereich «Elektrizität» nicht gross besprochen. Viel intensiver dafür hat man über das Projekt Frohburg gesprochen, die Fusion der SBO und der StWZ, den Städtischen Betrieben Zofingen. Das Ziel ist ein Zusammenschluss per 1.1.2027 von zwei gleichwertigen Partnern, um künftig besser für neue Herausforderungen gewappnet zu sein. Sprich für neue Regulatorien oder um Synergien besser nutzen zu können und um besser gegen grössere Energiewerke, die um uns herum sind, bestehen zu können. BKW, AXPO wurden diesbezüglich erwähnt. Zudem erhofft sich der Stadtrat so, über die Eignerstrategie noch einen Einfluss auf diese Energiewerke zu behalten, was ansonsten nicht der Fall wäre, wenn man gegen die Grösseren nicht bestehen könnte. Da die rechtlichen

Herausforderungen grösser sind, wie ursprünglich angenommen, verzögert sich der Zusammenschluss aber ein wenig. Die FIKO dankt nochmals für den Austausch und empfiehlt dem Gemeindeparlament einstimmig, Punkt 1 bis 5 des Beschlussantrags vom Stadtrat anzunehmen. Merci.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Herzlichen Dank, Manfred Schoger, Sprecher der Finanzkommission. Ich möchte die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrats ganz herzlich begrüßen. Auch der Präsident, die Geschäftsleitung und sowie die Revisionsstelle, die natürlich hier auch Auskunft gibt, an der faktischen Generalversammlung der städtischen Betriebe hier im Parlamentssaal. Ihr konntet dem Bericht und Antrag den Beschlussesantrag entnehmen. Vielleicht noch zur Erinnerung: Ihr nehmt den Rechnungsabschluss gemäss Ziffer 1 oder arabisch 1 zur Kenntnis, während ihr den Geschäftsbericht, bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Finanzbericht und Anhang, genehmigt. Ich möchte doch noch auf zwei, drei Punkte hinweisen. Ihr habt mit den Unterlagen eine Beilage erhalten. Eine Aufstellung, wo die konsolidierte Sicht, also von den Städtischen Betrieben und der a.en, aufgeführt ist. Ihr wisst, die Städtischen Betriebe, das ist die Eignerin der Anlagen, vom Netz, währenddessen die a.en die Betriebsgesellschaft ist, bei welcher das Personal angestellt ist. Es freut mich, dass man wiederum Lernende hat. Ich darf das auch immer wieder betonen. Es dürften vielleicht ein oder zwei mehr sein, aber auch da ist die Schwierigkeit natürlich, entsprechende Lernende zu finden. Das Projekt Frohburg ist angesprochen worden, ich möchte darüber auch gar nicht allzu viel verlieren. Aber es ist im Jahresbericht natürlich prominent aufgeführt. Ihr habt es gesehen, in der Mitte des Jahresberichts gibt es eine Doppelseite, die einerseits aufführt, wie die Projektorganisation aufgestellt ist. Auch mit einem Parlamentsausschuss, was ich sehr schätze, diese Teilnahme von euch an diesen Sitzungen, die wir zusammen mit den Zofingern machen konnten, oder auch im eigenen Kreis, nur mit der Oltner Beteiligung. Das Projekt nimmt Fahrt auf. Man konnte es auch den Medien entnehmen. Wir konnten die Eckwerte festmachen, nun geht es in den politischen Prozess dieses Projekts. Da werdet ihr natürlich begrüsst, die Kommission, am Schluss auch die Bevölkerung, die sich dazu äussern muss. Auch die Wärmeverbünde wurden angesprochen. Auch ein Thema, das mich sehr freut, ist, dass wir mit dem Kantonsspital, eigentlich die Anker-Mieterin von diesem neuen Wärmeverbund Hagmatt wird. Eine tolle Entwicklung und ich weiss, dass die Verhandlungen sehr, sehr anstrengend waren und bei der Kilowattstunde wirklich «geräppelt» wird. Jeder muss seine Interessen vertreten, das ist ja richtig. Jedoch ist es der Geschäftsleitung gelungen, hier diese Mieterin zu gewinnen. Wir möchten eigentlich beliebt machen, den Bericht und Antrag zu genehmigen im 24. Betriebsjahr, das 25. wird folgen. Wie es dann weitergeht, ist nicht ganz sicher. Vielleicht gibt es dann eine neue Ära, mit dem Zusammenschluss mit der StWZ, aber mindestens ein Vierteljahrhundert wird es die Städtischen Betriebe und die a.en sicher geben. Danke für eure Unterstützung.

Stephan Bielser, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP dankt dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung sowie der ganzen Belegschaft der sbo und der a.en für den Geschäftsbericht 2025, die zugehörige Jahresrechnung sowie das sehr gute Ergebnis. Wir danken auch für die Erläuterungen von Verwaltungsrätin Frau Christina Maier an unserer Fraktionssitzung. Vorweg, die Fraktion SP/JSP stimmt den 5 Anträgen des Stadtrats zu. Folgende Themen möchten wir jedoch gerne anmerken: 1. Die sbo/a.en ist mit einem Jahresgewinn von ca. CHF 2 Mio., einer Eigenkapitalquote von 72%, einem Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen von 131% sowie Umsätzen von über CHF 90 Mio. und einer Bilanzsumme von gegen CHF 200 Mio. das finanzstärkste Unternehmen, welches komplett im Besitz der Oltner Bevölkerung ist. Die Stadt Olten profitiert jährlich von Erträgen aus Bar- und Sachleistungen zwischen CHF 3 und 4 Mio., welche direkt der Stadt und damit den Steuer- und Gebührenzahlenden zugutekommen. Aus den ersten beiden Punkten ist zu folgern, dass es dieser Nutzen von der SBO für Olten zu bewahren gilt, da dieser ausschliesslich den Steuer- und Gebührenzahlenden zugutekommt. Via Erträge, Steuern und tiefen Gebühren. Im Kontext zum Projekt Frohburg, welches in ein paar Monaten hier im Rat diskutiert wird, ist daher Vorsicht geboten. Denn in einem unbestritten immer kompetitiveren Umfeld im Energiemarkt ist eine Fusion aus betriebswirtschaftlicher Sicht sicher sinnvoll und prüfenswert, doch dabei soll sichergestellt werden, dass Selbstbestimmung und der Nutzen des Unternehmens weiterhin vollkommen

den Einwohnenden der Stadt Olten zugutekommen. Qualitativ möchten wir anregen, dass das Thema Wasserqualität (Stichwort PFAS und Chlorothalonil) noch etwas proaktiver angegangen werden soll. Nur weil derzeit die Verschmutzungswerte noch unter den Soll-Werten liegen, heisst das nicht, dass erst Massnahmen ergriffen werden sollen, wenn diese überschritten sind, im Wissen darum, dass solche Prozesse langsam ablaufen. Aber wenn sie mess- und feststellbar sind, ist es sehr schwierig, etwas dagegen zu machen. Und weiter fordern wir vom Verwaltungsrat und von der Geschäftsleitung, dass sie mit noch stärkerer Vehemenz die Wende zu einer nachhaltigen Energieversorgung vorantreiben. Obwohl die Gewinne des Unternehmens vor allem aus den fossilen Energieträgern kommen und zu den schönen Erträgen des Unternehmens beitragen, und im Wissen darum, dass es Zeit erfordert, dass diese fossilen Energieträger abgelöst werden, wünschen wir uns eine noch forschere Strategie und Massnahmen zum Umstieg auf alternative Energien.

Nico Zila, Fraktion FDP: Auch die FDP-Fraktion bedankt sich bei allen Mitarbeitenden der SBO/a.en und beim Verwaltungsrat für die Arbeit im Geschäftsjahr 2025, insbesondere auch beim Verwaltungsrat Benvenuto Savoldelli für sein zur Verfügung stehen für zusätzliche Auskünfte im Rahmen unserer Fraktionssitzung. Er hat darauf hingewiesen, und das wird auch klar, wenn man den Bericht studiert, dass 2025 ein intensives Geschäftsjahr gewesen ist. Nicht nur ein erfolgreiches, das auch, aber auch ein intensives, weil neben dem ordentlichen Geschäftsbetrieb auch das Projekt Frohburg intensiv weiterbearbeitet wurde. Ich will darum versuchen, die zwei Betrachtungsebenen des laufenden Geschäftsjahrs einerseits und das langfristige Projekt andererseits ein bisschen auseinander zu nehmen. Wenn man den Bericht liest und auch die finanziellen Kennzahlen anschaut, so präsentieren sich diese tipptopp und trotzdem sind bei uns in der Fraktion noch zwei Fragen aufgekommen. Zugegebenermassen ein bisschen kurzfristig, dies jedoch nicht zuletzt aufgrund des Auffahrtswochenendes. Eventuell lassen sich diese nicht gleich heute beantworten, was auch gar nicht so schlimm ist, da wir daran interessiert wären, hier noch mehr Informationen zu erhalten. Wir sehen, dass der Jahresgewinn rund CHF 3.33 Mio. beträgt, dann die Zinsen wegfallen, also das ist ein sehr schönes Ergebnis. Wir sehen auch, dass das Kontokorrent, das Guthaben, in eine andere Richtung geht, die Schuld vielleicht ein wenig kontraintuitiv eigentlich wieder zugenommen hat. Hier fragen wir uns, welche Strategie vonseiten des Stadtrats dahinter ist, dass es bei rund CHF 5 Mio. im Moment bleibt. Was sind hier die Ideen dazu? Die Eigenkapitalquote, der Vorredner der SP hat es erwähnt, liegt bei sehr hohen 71%. Du hast sogar 72% gesagt, Stephan. Irgendwo in diesem Bereich. Vergleichbare Unternehmen haben ein Eigenkapital im Bereich von rund 40%. Wenn man so hoch unterwegs ist, muss man auch schauen, dass das Eigenkapital rentiert. Wir würden, insofern das zulässig ist, gerne die Information haben, was passiert und wie die SBO das Eigenkapital aktiv bewirtschaftet. Dann ist uns im Bericht aufgefallen, dass auf der Titelseite eigentlich der Blick ausschliesslich auf die Trimbach geht. Das ist wahrscheinlich nicht ganz zufällig. Es freut uns, dass der Wärmeverbund Hagmatt zum Fliegen kommt, dass die Zusammenarbeit mit der soH vertraglich sichergestellt werden konnte und dass offenbar auch eine Ausweitung Richtung Rankwage in Betracht gezogen wird. Das ist eine gute Entwicklung. Vielleicht ein Punkt, der etwas untergegangen ist, aber aus eigener Erfahrung kann ich bezeugen, dass das eine grosse Kiste ist, ist das Projekt ERP 2025. Wenn man ein solch grosses Unternehmen umstellt, dann hat das sicher zusätzlich auch noch einmal sehr viele Ressourcen gebunden und unser Kompliment, dass das gut funktioniert hat. Wir werden den Bericht genehmigen und dem Verwaltungsrat die Décharge erteilen. Vielleicht noch ein paar Worte zum Projekt Frohburg, obwohl es heute nicht formell traktandiert ist. Die FDP hat von Anfang an klar gesagt, dass wir das Projekt wohlwollend begleiten wollen. Unsere Vertreterin in der parlamentarischen Kommission, Sandy Grieder, hat dort aktiv mitgearbeitet und war auch bereit, das Präsidium zu übernehmen. Warum sind wir von Anfang an eigentlich positiv eingestellt im Grundsatz? Wir sind in den letzten Jahren zum Schluss gekommen, dass der Status Quo längerfristig für die SBO keine Option ist. In Schönheit sterben und dabei vielleicht zu 100% den Oltnern gehören und das volle Mitspracherecht haben, das ist für uns keine valable Möglichkeit für die Zukunft. Zofingen bietet sich auch aufgrund der Vorgeschichte im Wiggertal als eigentlich idealer Partner an. Dass die Gespräche jetzt so gut laufen, war vielleicht nicht absehbar, aber es freut uns selbstverständlich. Und wer weiss, könnte das Projekt Frohburg einen gewissen Leuchtturmcharakter haben für die Zusammenarbeit über

Kantonsgrenzen hinweg. Der Stadtrat, wir haben das im letzten Jahr ausdrücklich auch gewürdigt, strebt ja in dieser Legislatur, im Legislaturprogramm, nicht nur die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden an, sondern explizit auch im Aareland und damit über die Kantonsgrenzen hinaus. Das unterstützen wir ausdrücklich. Gleichzeitig - und da möchte ich auch meinem Vorredner folgen - gibt es noch ganz viel kommunikative Arbeit zu erledigen rund um dieses Projekt. Wer sich in der Stadt umhört und mit den Leuten spricht, der hört auch viel Skepsis. Wie ist es denn neu? Das, was jetzt ist, das kennt man, und die neue Situation noch nicht. Dies ist dem Verwaltungsrat aber bestimmt bewusst. In diesem Sinne besten Danke auch für diese Arbeit. Die FDP stimmt allen Beschlussesanträgen zu.

Jann Frey, Fraktion GO/JGO: Wir von der Fraktion GO/JGO danken den Mitarbeitenden, der Geschäftsleitung und Verwaltung der sbo/a.en für die geleistete Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr. Der Geschäftsbericht zeigt eindrücklich, wie komplex die Aufgaben der Städtischen Betriebe heutzutage geworden sind. Versorgungssicherheit, Energiewende, Digitalisierung und Klimapolitik, Gewässerschutz müssen mit zunehmend anspruchsvollen regulatorischen Bedingungen gewährleistet werden. Aus grüner Sicht gibt es im Bericht verschiedene Entwicklungen, die wir gerne positiv hervorheben möchten. Besonders erfreulich sehen wir den Fortschritt im Bereich der Solarenergie. Die Zahl der Photovoltaikanlagen ist innerhalb eines Jahres von 224 auf 275 Anlagen gestiegen. Die installierte Leistung hat auf 8,5 MW zugenommen. Die produzierte Solarstrommenge ist von 4,5 auf 6,7 Gigawattstunden angestiegen. Das zeigt, die Energiewende kommt langsam auch in Olten an. Positiv ist zudem, dass die SBO ihre Rolle nicht nur als Netzbetreiberin wahrnimmt, sondern auch aktiv beim Ausbau der Eigenverbrauchsgemeinschaften Smart Meter und Ladeinfrastruktur mitwirkt. Rund 9'000 Smart Meter sind mittlerweile installiert. Genauso erfreulich ist auch die deutliche Reduktion des Stromverbrauchs bei der öffentlichen Beleuchtung von 810'000 auf rund 550'000 Kilowattstunden. Das zeigt, dass eine Effizienzsteigerung möglich ist, ohne dass Versorgung und Sicherheit darunter leiden. Ebenso ausdrücklich positiv möchten wir den Wärmeverbund Hagmatt hervorheben. Die Gründung des Wärmeverbundes Hagmatt AG und insbesondere der Anschluss des Kantonsspitals sind strategisch wichtige Schritte für die Dekarbonisierung unserer Stadt. Der geplante Wärmeverbund mit einem Potenzial von 20 Gigawattstunden erneuerbarer Wärme wird ein zentraler Pfeiler für die zukünftige Wärmeversorgung sein. Andere Städte investieren seit Jahren massiv in den Ausbau der erneuerbaren Fernwärme. Es ist darum wichtig, dass auch Olten hier Tempo aufnimmt und langfristig unabhängig von fossilem Gas wird. Positiv erwähnen möchte auch die hohe Versorgungssicherheit. Die durchschnittliche Stromunterbrechungsdauer konnte erneut reduziert werden. Gleichzeitig zeigen die extern überprüften Strom- und Gasbuchhaltungen, dass Transparenz und Rückverfolgbarkeit ernst genommen wird. Das ist insbesondere bei ökologischen Produkten wichtig für die Glaubwürdigkeit. Trotz dieser positiven Erkenntnisse aus dem Bericht möchten wir an ein paar Orten etwas mehr Engagement anraten. Der wichtigste, kritische Punkt ist schon oft erwähnt worden. Das ist die Trinkwasserqualität. Der Bericht zeigt offen, dass die Nitratwerte im Jahresdurchschnitt bei 25,6 mg pro Liter liegen. Gleichzeitig sind Chlorothalonil-Metaboliten mit Werten von 0,53 mg pro Liter gemessen worden. In beiden Fällen sind die Grenzwerte nicht eingehalten worden. Dass die Stoffe gemessen und transparent ausgewiesen werden, schätzen wir ausdrücklich. Ich muss allerdings auch festhalten, die SBO allein kann das Problem nicht lösen. Olten bezieht das Trinkwasser ausschliesslich aus dem Grundwasser und die Belastung entsteht grösstenteils ausserhalb des direkten Einflussgebiets der Stadt. Genau darum ist es aber wichtig, dass wir die politische Antwort auf kantonaler und regionaler Ebene suchen. Wir erwarten vom Kanton eine konsequentere Gewässerschutzpolitik, insbesondere strengere Vorgaben in den empfindlichen Zustrombereichen der Trinkwasserfassung. Der Schutz von Trinkwasser muss in der Landwirtschaft und Raumplanung stärker gewichtet werden und es braucht auch eine stärkere regionale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, der Wasserversorgung und dem Kanton, damit wir langfristig genügend sauberes Trinkwasser haben können. Positiv schätzen wir darum, dass die SBO Verhandlungen mit den Nachbargemeinden prüft, um hier eine grössere Vernetzung und eine höhere Versorgungssicherheit anzustreben. Kritisch sehen wir natürlich auch, dass der Gasabsatz trotz der Klimaziele weiterhin sehr hoch geblieben ist und sogar noch gestiegen ist. Das ist einerseits mit einem etwas kälteren Winter zu erklären.

Demgegenüber waren bisher nur 6,9 Gigawattstunden aus dem bestehenden Wärmeverbund zu verzeichnen. Es ist nachvollziehbar, dass die Transformation Zeit braucht. Gleichzeitig zeigt der Bericht aber auch, dass es hier noch grosse Herausforderungen gibt. Ein besonderes Problem sehen wir in der Oltnen Innenstadt. Aufgrund des Denkmalschutzes und der engen baulichen Situation sind viele Gebäude heute faktisch weiterhin ans Gasnetz gebunden. Genau darum ist die Diskussion um den zusätzlichen Wärmeverbund und neue Wärmeeentralen wichtig. Die SBO hat signalisiert, dass sie Interesse an einer Fernwärmeeentrale im Bereich der Schützenmatte hätten. Damit ein solches Projekt realisiert werden kann, braucht es planerische Klarheit und Tempo von Seiten der Stadt. Die Stadt muss hier vorwärts machen, damit die SBO Standort und Netz verbindlich planen kann und damit wir die Innenstadt aus der fossilen Abhängigkeit befreien können. Es braucht pragmatische Lösungen von allen Beteiligten. Verwaltung, Politik, Denkmalpflege und auch von den Energieversorgern. Nur so kann gelingen, dass die Wärmewende auch im historischen Zentrum unserer Stadt funktionieren kann. Es kann nicht sein, dass Besitzerinnen der schönsten Häuser der Stadt zur Abhängigkeit der fossilen Energie gezwungen werden. Auch beim Ausbau der eigenen Solarproduktion sehen wir noch mehr Potenzial. Während die Zahl der privaten Anlagen stetig zunimmt, stagniert die installierte Leistung der SBO-eigenen Anlagen. Die neu geplanten Anlagen erachten wir für sinnvoll. Es bleibt im Verhältnis zum Gesamtstrombedarf jedoch relativ bescheiden. Wir würden uns wünschen, dass die SBO hier noch offensiver und mutiger plant. Abschliessend bedanken wir uns bei den Mitgliedern des Verwaltungsrats recht herzlich für den offenen Austausch bei unserer Fraktion. Die Ausführungen waren klar und kompetent und zeigten, dass eine ökologische und ökonomische Zukunft der SBO den Verwaltungsratsmitgliedern echt am Herzen liegt. Wir werden diesen Weg weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten und dem Beschlussesantrag des Stadtrats folgen. Frohburg wirft den Schatten voraus. Wir haben es zuvor einige Male gehört. Auch hier möchte ich ganz speziell danken, dass neben dem laufenden Geschäftsjahr der Verwaltungsrat die Verhandlungen aufgegleist und auch das Parlament regelmässig informiert hat. Ich möchte aber auf eine weitere politische Bewertung verzichten. Das machen wir Ende September. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Manfred Schoger, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Auch unsere Fraktion dankt der SBO und der Revisionsstelle für den klar leserlichen Geschäftsbericht und auch für den Besuch des Verwaltungsrats durch Christina Meier bei uns an der Fraktionssitzung. Wie die Stadt und die FIKO ist auch unsere Fraktion mit dem Jahresergebnis zufrieden. So hat es auch von unserer Fraktion zu den finanziellen Punkten gar keine zusätzlichen Fragen mehr gegeben. Lediglich ein Punkt ist uns im Sinne der Transparenz wichtig. Die ausgewiesenen Zahlen bei der Spartenrechnung Wärme und Gas sind zusammengezählt. So ist nicht ersichtlich, wie das Gasgeschäft läuft und wie die Wärmeverbunde performen. Uns ist völlig klar, dass der Wärmeverbund Hagmatt z.B. noch lange keine schwarzen Zahlen schreiben wird. Und für jeden Wärmeverbund gibt es ja schlussendlich auch einen eigenen Businessplan. Wir sind aber der Meinung, dass im Geschäftsbericht dargestellt werden sollte, wie die Wärmeverbunde gegenüber dem Businessplan stehen. Zudem hat man ja den Wärmeverbund im Bornfeld, der läuft jetzt schon seit zehn Jahren. Und eine Erfahrungsrückmeldung dazu sollte doch jetzt schon möglich sein. Diese Transparenz schafft unserer Meinung nach Vertrauen in die SBO und zeigt auch auf, ab wann die Wärmeverbunde das Gasgeschäft dann eventuell als erfolgreiches Geschäftsmodell ablösen könnten. Wir haben ebenfalls wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Gespräche für die weiteren Wärmeverbunde weiterlaufen. Wenn auch nicht immer ganz prioritär. Zu erwähnen ist hier der Wärmeverbund in der Altstadt, wo ein Standort für die Wasserafassung in der Rötzmatt gesucht wird. Oder auch Wilerfeld-Säli, wo ebenfalls Gespräche laufen. In Bezug auf das Wasser nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis, dass die SBO in der Fraktionssitzung gesagt hat, dass sie für das kommende Jahr die Thematik in Bezug auf den Schadstoffgrenzwert, die wir jetzt hier gehört haben, und die Bedenken, aufnehmen, vertieft darauf eingehen wollen und darlegen, wie es kostenmässig aussehen könnte. Auch unsere Fraktion ist schlussendlich auf das Projekt Frohburg zu sprechen gekommen. Man teilt die Ansicht, wie viele andere Beteiligte, dass es da mehr Chancen als Risiken gibt. Chancen sehen wir ebenfalls im Sinn von Eigenständigkeit sichern, Synergien nutzen, sodass man auch ein attraktiver Arbeitgeber bleiben kann, zum Beispiel beim Pikettdienst von gewissen Ange-

stellten, oder dass man besser für kommende Regularien gewappnet ist. Und gleichzeitig sind wir aber auch der Meinung, und teilen das auch mit dem Stadtrat, dass man mit der Eignerstrategie ein weiteres Mitspracherecht hat. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der eingeschlagene Weg in Bezug auf die Eignerstrategie so weitergeführt werden soll, auch in Bezug auf Dekarbonisierung. Wir unterstützen das Projekt, stand jetzt, immer noch wohlwollend. Und aus diesem Grund werden wir auch den Punkten 1 bis 5 im Bericht und Antrag zustimmen.

Marc Winistörfer, Fraktion SVP: Die SVP-Fraktion hat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2025 für die SBO mit grossem Interesse analysiert. Vorab möchten wir uns bedanken beim Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SBO, die täglich eine zuverlässige Versorgung unsere Stadt mit Strom, Gas und Wasser sicherstellen. Ein besonderer Dank geht an Beat Erni, der uns in der Fraktion Rede und Antwort gestanden ist und relativ lange auch zum Thema Fusionsprojekt Frohburg Auskunft geben musste. Wir kommen zuerst zur Rechnung und zum Geschäftsbericht. Die nackten Zahlen, das kann ich sagen, freuen natürlich das Herz des Finanzpolitikers. Ein Jahresgewinn von gut CHF 3.3 Mio. im ersten (*unverständlich*) vor Verzinsung, rund CHF 2 Mio. nach Verzinsung, sind sehr gut. Das ist ein besseres Ergebnis als im Vorjahr und es liegt über dem Budget. Besonders erfreulich ist mit der Gemeindebrille die Verzinsung des Dotationskapitals von rund CHF 1.3 Mio., die direkt in unsere Stadtkasse fliessen. Die SBO und ihr Geschäftsmodell, die in diesem Parlament vor allem von der Linken oft kritisiert werden, erweisen sich einmal mehr als verlässliche Partner für die Stadt Olten. Ein strategischer Punkt in diesem Bericht- und dies wurde wohl schon vom Sprecher jeder Fraktion angetönt - ist das Projekt Frohburg. Die SBO und die städtischen Werke Zofingen prüfen jetzt einen Zusammenschluss. Wir haben es gehört. Wir als SVP schauen darauf mit Hoffnung, aber auch mit einer gewissen Skepsis. Eine engere Kooperation im Einkauf oder bei der Technik, ja, das macht Sinn, da sind wir uns als Fraktion einig. Aber eine Fusion birgt auch immer Risiken. Und ein Risiko ist, dass Olten die demokratische Kontrolle und den direkten Einfluss auf seinen eigenen Betrieb verliert. Eine Fusion macht aus unserer Sicht nur Sinn, wenn mögliche Skalenerträge effektiv genutzt werden und alle Einsparungen vorgenommen werden, die möglich sind. Das heisst für uns dann auch, dass Doppelspurigkeiten beseitigt werden und überzählige Stellen, welche es aus betriebswirtschaftlichen Gründen schlicht nicht mehr braucht, aufgehoben werden. Auch der Verwaltungsrat soll aus unserer Sicht neu zusammengesetzt werden. Wobei es aus unserer Sicht auch so ist, dass das Parlament unserer Stadt ein Wort mitreden soll, wenn die Einwohnergemeinde als Eigentümerin ihren Vertreter in den VR benennt. Für uns gilt mit Blick auf die Fusion: Die Fusion ist nur dann ein Erfolg für Oltnerinnen und Oltner, wenn erstens der Service des neuen Werks besser wird und zweitens die Erträge für die Stadt Olten weiterhin wachsen werden. Die SBO hat im Jahr 2025 operativ gut gearbeitet, das haben wir schon mehrfach gehört, das ist so, und hat ein solides Finanzergebnis präsentiert. Das anerkennt auch die SVP-Fraktion. Die strategischen Weichenstellungen und insbesondere das Thema Fusion mit Zofingen werden wir weiterhin mit einem wachen Blick begleiten. Kommen wir noch schnell zu den Beschlussesanträgen: Die SVP-Fraktion nimmt den Rechnungsabschluss zur Kenntnis, stimmt dem Beschlussesantrag des Stadtrats zu und unterstützt auch die Wiederwahl der BDO als Revisionsstelle für das Jahr 2026.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Wir nehmen alle Anträge an. Wir werden zustimmen. Vielen Dank. Wir sagen an dieser Stelle nichts zur geplanten Fusion. Wir sind jedoch sehr gespannt auf den Bericht und Antrag zu dieser Fusion, welchen wir noch vor den Sommerferien erhalten sollen. Herzlichen Dank.

Beschlüsse

- | | |
|---|------------|
| 1. Kenntnisnahme Rechnung: | Einstimmig |
| 2. Kenntnisnahme Bericht Revisionsstelle: | Einstimmig |
| 3. Genehmigung Geschäftsbericht: | Einstimmig |
| 4. Entlastung VR und GL: | Einstimmig |
| 5. BDO AG Revisionsstelle: | Einstimmig |

Mitteilung an:
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. Mai 2026

Prot.-Nr. 53

Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Lokales Gewerbe «first» bei freihändigen Vergaben/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 22. Mai 2025 wurde ein Auftrag von Matthias Borner (SVP) und Mitunterzeichnenden mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert, dass im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und unter Einhaltung wirtschaftlicher Aspekte, der Spielraum bei freihändigen Vergaben im öffentlichen Beschaffungswesen zugunsten des lokalen Gewerbes ausgeschöpft wird.

Begründung

Die freihändige Vergabe für die temporäre Umnutzung des Munzingerplatzes hat aufgezeigt, dass der Stadtrat diesen Auftrag in der Höhe von 42'000 Fr an eine Ostschweizer Firma vergeben hat. Wie dies zu Stande kam, ist nicht klar. Gemäss Antwort auf eine kleine Anfrage wird festgehalten, dass man keine Konkurrenzofferte eingeholt hat. Daher ist es umso erstaunlicher, dass man nur in der Ostschweiz angefragt hat. Dies wäre für viele Handwerksbetriebe in der Region ein attraktiver Auftrag gewesen. Es gibt viele Schreiner in unserer Region, die hier ebenfalls attraktive und qualitativ hochstehende Sitzgelegenheiten für zwei Monate herstellen könnten.

Wir möchten, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, unter Einhaltung wirtschaftlicher Aspekte, einheimische Betriebe berücksichtigt werden, um die lokale Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze in unserer Region zu sichern. Wir zahlen für Wirtschaftsförderung, stellen einen City-Manager ein und betreiben Tourismusförderung, aber wenn es darum ging, das lokale Gewerbe direkt zu unterstützen, verpasste man hier eine gute Gelegenheit. Gerade die Nichtberücksichtigung lässt eine gewisse Wertschätzung vermissen. Es stärkt die Identifikation und den Austausch zwischen Gewerbe und Politik, wenn das lokale Gewerbe vermehrt bei Auftragsvergaben durch unsere Politik berücksichtigt wird. Darum wäre es zu begrüßen, wenn man hier eine höhere Wertschätzung gegenüber unserem lokalen Gewerbe erreichen könnte.»

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Unterstützung des lokalen Gewerbes ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen. Es trägt wesentlich dazu bei, dass die Stadt trotz ihrer Anbindung zu grösseren Städten nicht zu einer Schlaf- respektive Pendlerstadt wird. Es belebt die Stadt, schafft lokale Arbeitsplätze, ermöglicht kurze Transportwege und generiert städtische Steuereinnahmen. So ist der Stadtrat auch bestrebt, wo möglich und sinnvoll das lokale Gewerbe bei Vergaben unterhalb der Grenze, welche eine öffentliche Ausschreibung verlangt, zu berücksichtigen. Diese Berücksichtigung zeigt sich beispielsweise bei der Planung von Anlässen, wo ausschliesslich lokale Gastrobetriebe und Getränkehändler berücksichtigt oder Blumen lokal bezogen werden. Aber auch bei Verbrauchsmaterial, Handwerksaufträgen, Möblierungen, Layouting und Gestaltung, Print usw. ist die Kooperation mit Lokalen Standard. Dasselbe gilt im Baubereich, wo nach

Möglichkeit unterhalb der Schwelle von zwingenden Ausschreibungen ebenfalls mit lokalen Betrieben zusammengearbeitet wird.

Auch unterhält der Stadtrat enge Kontakte zum hiesigen Gewerbeverein sowie dem Industrie- und Handelsverein Olten und pflegt den direkten Austausch mit Unternehmen durch Firmenbesuche. Diese Beziehungen schaffen gegenseitiges Verständnis und schärfen die politische Sensorik, wenn es um regulatorische Vorgaben und Entscheide geht.

Gleichzeitig fühlt sich der Stadtrat auf den Grundsätzen des Finanzhaushalts verpflichtet, die unter anderem in der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bestehen (§ 136 Abs. 1 Gemeindegesetz Kanton Solothurn). Demnach sind die Mittel so einzusetzen, dass unter anderem bei Beschaffungen unterhalb der Ausschreibungsgrenze ein optimales Preis-Leistungsverhältnis resultiert. Je nach Beschaffungsgegenstand können die Bedürfnisse im Verhältnis zum Preis besser abdecken, wenn ein ortsansässiges Unternehmen oder eine Firma ausserhalb der Stadt die Leistung erbringt.

Das optimale Preis-Leistungsverhältnisses lässt sich je nach Konstellation durchaus ohne vorgängiges einholen von Offerten einschätzen. Zum einen hat der Gesetzgeber bei den Vergabegrenzen explizit vorgesehen, dass bis zu einer bestimmten Schwelle keine Offerten eingeholt werden müssen. Dies schont nicht nur die Ressourcen des Auftraggebers, indem er Beschaffungen rascher vornehmen kann. Auch der Auftragnehmer wird so bei kleineren Aufträgen auch hin und wieder ohne vorgängige Offerte berücksichtigt und kann sich den entsprechenden Aufwand sparen.

Zum anderen lassen sich beispielsweise anhand breiter Absatzmärkte, langjährigem Bestehen des Unternehmens oder guter Reputation gewisse Rückschlüsse auf die Qualität eines Produkts ziehen. Wie in der Antwort auf die kleine Anfrage betr. urbane Sitzgelegenheit ausgeführt, berücksichtigte der Stadtrat im konkreten Fall, dass sich die Lieferantin «auf die Herstellung von nachhaltigen urbanen Möbeln spezialisiert [hat] und damit bereits in zahlreichen Städten präsent [ist]. Durch diese Referenzen und mehrjährige Erfahrung reduziert sich für die Stadt das Risiko eines qualitativ minderwertigen Produkts mit einer einhergehenden raschen Abnutzung. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass Ersatzteile eher nachgeliefert werden können und die Montage gut dokumentiert ist. Durch den modularen Aufbau handelt es sich einerseits zwar um ein standard- aber dennoch individualisierbares Produkt. Mit der Standardisierung gehen oben beschriebene Vorteile einher. Die individuelle Zusammenstellung ermöglichte es der Firma, auf die Bedürfnisse der Stadt eingehen zu können.»

Der Stadtrat nutzt den vorhandenen Spielraum, um beide seiner Ansprüche – Unterstützung des lokalen Gewerbes und sparsamer sowie wirtschaftlicher Mitteleinsatz – fallweise abzuwägen und im Sinne der Stadt die beste Entscheidung zu treffen. Da er diese Abwägung auch künftig vorzunehmen gedenkt, beantragt er den Auftrag erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

- - - -

Matthias Borner, Auftraggeber: Ich habe diesen Auftrag eingereicht, weil mich ein konkreter Fall nachdenklich gestimmt hat. Der Stadtrat hat für die temporäre Umnutzung des Munzingerplatzes urbane Sitzgelegenheiten für CHF 42'000 beschafft und dabei ein Unternehmen aus der Ostschweiz beauftragt, ohne eine einzige Konkurrenzofferte einzuholen. Nicht, weil es keine Alternativen gegeben hätte, sondern weil man einfach gar nicht geschaut hat. Wie ich aus Gerüchten erfahren habe, hat es geheissen, dass der Citymanager jemanden kennt und es besorgt hat. Wir wissen ja alle, dass er aus der Ostschweiz kommt. Deshalb hat er diese Firma angefragt, was umso ärgerlicher ist, weil es ja eigentlich seine Aufgabe ist, unser Gewerbe anzukurbeln. Dies hat mich dazu bewogen, diese Frage grundsätzlich zu stellen. Nutzt der Stadtrat den gesetzlich vorhandenen Spielraum bei freihändiger Vergabe zugunsten des lokalen Gewerbes konsequent aus? Mein Auftrag lautet: Ja, er soll das unbedingt. Dort,

wo es wirtschaftlich vertretbar ist. Ich anerkenne, dass der Stadtrat in seiner Antwort das Anliegen grundsätzlich teilt. Er betont die Wichtigkeit des lokalen Gewerbes für die Lebendigkeit unserer Stadt, für lokale Arbeitsplätze, kurze Transportwege und städtische Steuereinnahmen. Er listet Bereiche auf, in denen er bereits heute mit lokalen Betrieben zusammenarbeitet. Gastronomie, Blumenlieferungen, Handwerksaufträge, Print. Das ist gut. Ich nehme das gerne und wohlwollend zur Kenntnis. Aber diese Antwort genügt nicht. Es sind schöne Worte, Absichten reichen einfach nicht. Was fehlt, ist eine verbindliche Praxis. Die Antwort des Stadtrats ist im Wesentlichen eine Beschreibung des Ist-Zustands. Nicht eine Zusage, wie künftig systematisch vorgegangen wird. Im konkreten Fall des Munzingerplatzes hat der Stadtrat ausgeführt, warum er die Firma PopUp Piazza AG aus Uzwil gewählt hat. Referenzen, modulares System und Nachhaltigkeit. Das mag alles nachvollziehbar sein. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass man dies erst nachträglich so beschrieben hat. Aber die Frage, die offen bleibt, lautet: Hat irgendjemand auch nur einen lokalen Schreiner angefragt? Könnte das vielleicht sogar ein lokaler Schreiner herstellen? Nein, das hat einen gar nicht interessiert. Man hat sich von Anfang an auf Uznach orientiert. Das ist der Kern meines Anliegens. Wir investieren in Wirtschaftsförderung, wir haben einen City-Manager, wir bekennen uns zur lokalen Wirtschaft. Dann bei einem Auftrag von CHF 42'000 im freihändigen Bereich, den der Stadtrat selbst bestimmen könnte, vergisst er das lokale Gewerbe komplett. Das sendet ein falsches Signal. Der Stadtrat beantragt, diesen Auftrag erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben. Dem ersten Teil stimme ich zu. Der Auftrag ist erheblich. Das Anliegen ist berechtigt und der Stadtrat hat es auch als berechtigtes Anliegen anerkannt. Dem Abschreiben stimme ich aber nicht zu. Abschreiben bedeutet, erledigt, fertig, kein weiteres Nachfassen. Es gibt auch immer Ende Jahr einen Bericht, was man mit diesen Anliegen gemacht hat. Es wäre vielleicht angemessen, wenn sie uns Ende Jahr sagen könnten, ob sie sich an diese schönen Worte gehalten haben. Ich möchte nicht, dass man das Anliegen einfach so abschreibt. Ich möchte, dass das Parlament in einem oder zwei Jahren sieht, ob sich die Praxis tatsächlich verändert hat, ob der Stadtrat nicht nur bekräftigt, das lokale Gewerbe zu unterstützen, sondern dass er das auch nachweislich macht. Darum beantrage ich, den Auftrag als erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben. Der Stadtrat soll dem Parlament zu einem späteren Zeitpunkt über die konkreten Umsetzungen einen Bericht erstatten. Das im Sinne der jährlichen Berichterstattung der nicht erledigten Vorstösse. Es geht mir nicht darum, dem Stadtrat Böswilligkeit zu unterstellen. Es geht mir darum, ein Bewusstsein zu schaffen und eine Praxis zu etablieren. Bevor man ausserhalb der Region einkauft, schaut man zuerst, was lokal möglich ist. Das ist kein Protektionismus, das ist Wertschätzung gegenüber unserem Gewerbe. Das ist genau das, was wir mit der linken Hand über die Wirtschaftsförderung finanzieren, aber mit der rechten Hand manchmal vergessen. Ich bitte euch, meinem Antrag zu folgen, erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben. Vielen Dank.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich kann dir versichern, Matthias, es ist unser ureigenstes Interesse, die Lokalität, das lokale Gewerbe zu berücksichtigen. Ich war am letzten Dienstag an der Generalversammlung - ich werde immer eingeladen - und es wurde ausdrücklich gedankt für die Aufträge, die die Stadt dem lokalen Gewerbe gibt. Das umfasst nicht nur Blumen und Born Reisen, eine lokal ansässige Firma, die wir seit ewig berücksichtigen. Es gäbe auch andere. Das betrifft vor allem auch dort, wo wir natürlich durch Submissionsgesetze gebunden sind, aber auch trotz Submissionsgesetze. Ich erinnere mich gerade ans Schulhaus Kleinholz. Elektro: Käser, Wasser: Nussbaum, Baumeister: Erne. Das sind ganz viele Firmen mit direktem Standort Olten, oder auch aus der Region, die hier berücksichtigt werden. Das ist wirklich unsere Absicht und das machen wir tagtäglich, auch bei den Dienstleistungen. Blumen, Gastronomie, Büromöbel, das ist alles aus der Stadt. Und ja, es gibt Fälle, da kann es sein, dass etwas auswärts geht. Es kann sein, dass es auswärts auch mal günstiger ist. Dann nehmen wir das auch gerne mit. Aber es ist wirklich unsere Absicht und auch das, was wir tagtäglich leben, dass wir das lokale Gewerbe, die Dienstleistungen, die Industrie berücksichtigen. Bei allen Formen von Bezügen, die wir machen. Gewisse kann man direkt beziehen, gewisse Vergaben sind im Einladungsverfahren, dies hängt nach Schwellen ab und nach Arbeitsgattung. Es ist gar nicht so einfach, ob es der Bauhauptgewerbe, Nebengewerbe oder Dienstleistungen ist. Bei Dienstleistungen ist es immer ein bisschen anders. Das machen wir und darum haben wir gesagt, ja, wir unterstützen das auch. Aber jetzt hier eigentlich eine

Berichterstattung darüber zu machen... Ich lade dich gerne mal ein, Rechnungen anzuschauen, die an uns gestellt werden. Also, du wirst sehen, da kommen acht von zehn irgendwo aus der Stadt oder aus der Region. Man kann das auch auflisten, aber es ist halt auch wieder ein bisschen Bürokratie, die hier geschaffen wird. Man kann auch mal vielleicht die Frage in einer RPK oder in einer GPK stellen. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, dass man zeigen kann, was für Verhältnisse wir hier haben: Auftragsverhältnisse, Lieferanten, Kundenverhältnisse mit Unternehmen in der Stadt. Ich finde es nicht nötig, dass man am Ende des Jahres dann wieder darüber berichten muss, ihr darüber sprechen müsst. Wir leben das so und ich hoffe, ihr anerkennt das auch. Merci.

Andrea Walder, Fraktion FDP: Dieses Thema haben auch wir in unserer Fraktion diskutiert. Auch sind wir in der Vergangenheit teilweise von Unternehmen von Olten und der Region schon angegangen worden, warum sie in einem freihändigen Verfahren nicht zu keiner Offertstellung eingeladen wurden. Wie es Thomas zuvor erwähnt hat, haben wir in der öffentlichen Hand eine gesetzliche Vorgabe, bei Möglichkeiten, bei Lieferungen, Dienstleistungen, bei Nebengewerbe bis CHF 150'000 und beim Bauhauptgewerbe bis CHF 300'000 im freihändigen Verfahren vergeben zu können. Also kein Submissionsverfahren. Das wissen wir. Dort gelten ganz andere Punkte und so weiter und so fort. Das hat sicher dann auch Vorteile, dass wir die Unternehmer von Olten und der Region berücksichtigen können. Wir sind nicht der Meinung, dass man zwingend einen Oltner Gewerbetreibenden berücksichtigen muss. Aber zumindest sollen sie offerieren dürfen, sofern sie Kapazität haben, die Arbeit termingerecht auszuführen. Und wenn dann einer rund 10% teurer ist als ein «Externer», ist für uns auch klar, dass man den nicht berücksichtigen kann. Aber so hat man auch die Möglichkeit, dem Unternehmer zu sagen, dass er einfach aktuell zu teuer ist. Und wenn ja vielleicht der Unterschied nur ganz gering ist, 1, 2, 3 Prozent, wie auch immer, wissen wir alle, dass wir im freihändigen Verfahren mit dieser Person, bzw. mit dem Unternehmer, auch noch sprechen können, und sagen: Vielleicht kannst du noch einen Rabatt geben, wir haben noch einen anderen im Rennen, aber es wäre noch schön, wenn wir einen aus der Region berücksichtigen könnten. Im freihändigen Verfahren ist das bekanntlich definitiv möglich. Auch uns sind die Stadtfinanzen lieb, das hört ihr, glaube ich, immer wieder, wenn wir Voten halten. Aber das heisst nicht, dass man unser Gewerbe manchmal aussen vor lässt. Stattdessen soll es die Möglichkeit haben, einen Auftrag zu bekommen. Wir sind auch nicht dagegen, dass man zusätzliche, «externe» Unternehmer zur Offertstellung einlädt, sofern man mit diesem Geschäft auch gute Erfahrungen machen konnte. So sieht man dann, wie gesagt, was die Preise unserer Region wert sind. Ebenso begrüssen wir, wie im Bericht des Stadtpräsidenten geschrieben, dass ein Auftragnehmer bei kleineren Aufträgen auch ab und zu eine Arbeit bekommt, ohne dass er eine Offerte einreichen musste. Die Verwaltung hat ja hier viel Erfahrung und weiss aufgrund der Praxis, welche Preise in etwa üblich sind. Der Erheblichkeit stimmen wir sicher zu. Das andere lassen wir im Moment noch offen, da warten wir noch die Debatte ab. Danke.

Patrick Weibel, Fraktion GO/JGO: Die Fraktion GO/JGO unterstützt den Grundgedanken, lokale Betriebe bei freihändigen Vergaben bevorzugt zu berücksichtigen. Das stärkt nicht nur die lokale Wirtschaft, sondern vermeidet auch unnötige Transporte über grössere Distanzen. Die Begründung, warum im vorliegenden Fall ein auswärtiges Unternehmen zum Zug gekommen ist, vermag uns nicht restlos zu überzeugen, auch wenn die bestellten Möbel letztes Jahr und auch gerade jetzt aktuell wieder eine gute Falle machen. Es freut uns aber, in der Antwort zu lesen, dass der Stadtrat seinen Spielraum grundsätzlich nutzt und das lokale Gewerbe regelmässig Leistungen für die Stadt erbringt. Unseres Erachtens darf der Stadtrat bei der Beschaffung die Gedanken «Unterstützung des lokalen Gewerbes und wirtschaftlicher Mitteleinsatz», wie das der Stadtpräsident in seiner Antwort schreibt, durchaus noch umfassender angehen. Nämlich im Sinne einer nachhaltigen Beschaffung, wo die drei Aspekte Wirtschaftlichkeit, Soziales und Ökologie gemeinsam und möglichst gleichberechtigt berücksichtigt werden. Nachhaltigkeit ist ja ein Prinzip, welches auch in unserer Gemeindeordnung verankert ist. Beispiele von öffentlichen Beschaffungen nach diesem Prinzip gibt es viele, wonach man sich sicher inspirieren kann. Auch der Verein Energiestadt hat erst kürzlich Beschaffungsrichtlinien veröffentlicht, woran man sich sehr gut daran orientieren kann.

Vielleicht noch eine kleine Bemerkung zu deinem Votum, Matthias. Der Vorwurf an den City Manager, den du geäussert hast aufgrund von Vermutungen oder Gerüchten, mutet ein bisschen abenteuerlich an. Wir finden, wir sollten bei den Diskussionen und Begründungen doch bei gesicherten Tatsachen oder Fakten bleiben. Die GO/JGO unterstützt den Auftrag. Was die Abschreibung betrifft, gibt es verschiedene Haltungen in der Fraktion. Vielen Dank.

Manfred Schoger, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Jeweils im November, wenn wir die Budget-Diskussionen haben oder auch wenn wir über die Rechnung reden, sprechen wir immer auch über die Steuergelder der juristischen Personen. Jedes Mal, wenn das zur Sprache kommt, wird von der einen oder anderen Person erwähnt, dass die Stadt Olten finanziell auf die juristischen Personen angewiesen ist und dass man entsprechend auf das lokale Gewerbe aufpassen muss und dass man es nicht vergraulen darf. Unserer Meinung nach zielt der Vorstoss genau auf diesen Punkt. Wir sind ganz klar der Meinung, dass man sich den Leistungsfeldern, welche das Oltner Gewerbe abdeckt, klar bewusst sein muss. Und wenn es technisch möglich ist und wirtschaftlich sinnvoll, so soll man das auch entsprechend berücksichtigen. Und wir sehen auch, dass es hier nicht um Heimatschutz geht, und man einfach «nur» das Oltner Gewerbe bei Auftragsvergaben berücksichtigen soll, insbesondere im freihändigen Verfahren. Es soll ja auch nicht dazu führen, dass man bei einer Auftragsvergabe überteuerte Preise zahlen müsste, was man eigentlich gar nicht will. Es geht uns hier vielmehr um eine Wertschätzung. Wenn es eine freihändige Auftragsvergabe gibt, oder aber auch ein Einladungsverfahren, dann soll man das Oltner Gewerbe berücksichtigen, soll es anfragen und sie sollen eine Offerte abgeben dürfen. Und wenn das Angebot des lokalen Gewerbes preislich oder technisch nicht gut ist, dann kann man das auch entsprechend kommunizieren und dann muss man das auch so zur Kenntnis nehmen. Wir nehmen sehr wohlwollend zur Kenntnis, dass der Stadtrat diese Meinung ebenfalls teilt und den Auftrag erheblich erklären will. Das Buschtelefon hat aber auch bei uns gesagt, und das ist durchaus subjektiv, dass es vom Oltner Gewerbe nicht durchgehend so wahrgenommen wird, wie der Stadtrat es hier darstellt. Und aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass es hier doch noch eine Anstrengung vonseiten der Stadtverwaltung braucht, und aus diesem Grund sind wir auch mehrheitlich gegen eine Abschreibung dieses Auftrags.

Vivek Sharma, Fraktion OJ: Wir von OJ sehen den Mehrwert dieses Vorstosses nicht. Unserer Meinung nach führt es nur noch zu mehr Bürokratie und zu noch mehr Aufwand bei jeder noch so kleinen Beschaffung. Wir fragen uns: Wo ist denn die Untergrenze? Der Stadtrat hat in seiner Antwort schon dargelegt, wie er seinen Handlungsspielraum nutzt, um das lokale Gewerbe zu unterstützen und gleichzeitig wirtschaftlich sparsam und effizient zu arbeiten. Wir finden das richtig und sehen keinen Grund, diesen bestehenden Handlungsspielraum unnötig einzuschränken. Darum werden wir dem Vorschlag des Stadtrats folgen und sind dafür, dass der Vorstoss erheblich erklärt wird und gleichzeitig abgeschrieben wird. Danke vielmals.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP dankt dem Auftraggeber für den etwas reisserisch formulierten Auftrag, der aber sicher gut gemeint ist. Auch wir sind Verfechter/innen von heimischem Arbeiten. Die SP setzt sich für nachhaltiges Wirtschaften und insbesondere für eine faire, regionale und umweltschonende Kreislaufwirtschaft ein. Wir haben grosse Sympathien für «Olten First» und wir schauen andere Beispiele als Vorbilder an. In Basel zum Beispiel werden an Apéros von der öffentlichen Hand ausschliesslich regionale Biere ausgeschenkt. Das ist reglementarisch geregelt. Aber zum eigentlichen Anliegen: Die lokale Wirtschaft zu bevorzugen, das ist richtig, aber mit Augenmass und gemäss den vom Stadtrat korrekt ausgeführten Kriterien. Der Stadtrat braucht von uns auch einen gewissen Handlungsspielraum, damit er operativ handlungsfähig bleiben kann. Wir haben für die grössere Vergaben eine gesetzliche Grundlage. Das Gesetz über öffentliche Beschaffungen, das Submissionsgesetz, das die Angelegenheit regelt und unserer Meinung nach auch zur Genüge regelt. Wenn Zweifel vorhanden sind, dann haben wir die entsprechenden Kontrollinstanzen in der Finanzkommission oder in der Rechnungsprüfungskommission. Und wenn wir noch weitere Zweifel haben oder unlautere Vergaben vermuten, dann kann die GPK einen vertieften Einblick verlangen oder dieses Parlament kann eine Untersuchungskommission einsetzen. Eine Berichterstattung zusätzlich aufzubauen, geht unserer Meinung nach zu weit. Die

Verwaltung mit Ressourcen zu stärken, wäre an anderen Stellen zielführender und effektiver. Im Grundsatz stimmen wir dem Auftrag zu, beantragen aber, ihn gleichzeitig abzuschreiben.

Matthias Borner (SVP): Vielen Dank. Es freut mich sehr, dass der Auftrag so positiv aufgenommen wurde, von links bis rechts. Ich möchte etwas zum Vorwurf der Bürokratie sagen. Es ist jetzt schon ein Standardprozess. Also, über Aufträge, die nicht abgeschrieben werden, gibt es einmal im Jahr einen Bericht, in welchem der Stadtrat einfach sagt, was er gemacht hat und dass er es, je nachdem, als erledigt ansieht. Das ist nichts Neues, das ist alt und es geht nicht darum, neue Formulare zu kreieren. Dies einfach rasch zur Klarstellung. Vielen Dank.

Beschluss

Einstimmig wird der Auftrag erheblich erklärt.

Beschluss

Mit 19 : 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen und Stichentscheid der Parlamentspräsidentin wird der Auftrag nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Erheblicherklärung: Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Lokales Gewerbe «first»

Abstimmungsergebnis insgesamt

40 JA 0 ENTH. 0 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Peduzzi	Gianluca	FDP	JA
Huber	Silvia	GLP	JA
Käser	Tobias	GLP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Weibel	Patrick	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Tišcenko	Dshamilja	Olten jetzt!	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Borner	Matthias	SVP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Neumaier	Lukas	SVP	JA
Ruf	Philippe	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	JA

Abschreibung: Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Lokales Gewerbe «first»

Abstimmungsergebnis insgesamt

19 JA 2 ENTH. 19 NEIN (Stichentscheid Präsidentin)

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Zila	Nico	FDP	ENTH.
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Peduzzi	Gianluca	FDP	NEIN
Huber	Silvia	GLP	NEIN
Käser	Tobias	GLP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Weibel	Patrick	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Tišcenko	Dshamilja	Olten jetzt!	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	JA
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	ENTH.
Borner	Matthias	SVP	NEIN
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Neumaier	Lukas	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. Mai 2026

Prot.-Nr. 54

Interpellation Matthias Borner, Fraktion SVP, betr. Rückzug Baugesuch Leberngasse - wie weiter? / Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 26. Juni 2025 wurde eine Interpellation von Matthias Borner, Fraktion SVP, und Mitunterzeichnenden, mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Kurz nach den Wahlen informierte der Stadtrat darüber, dass das Beschäftigungsprogramm der Suchthilfe Ost bei der Oltnrer Musikschule entstehen soll. Dies, nachdem die Suchthilfe bestehende Räumlichkeiten verlassen muss. Das Baugesuch wurde jedoch nach achtzehn Einsprachen der Anwohnenden des Quartiers Schürmatt wieder zurückgezogen. Die fehlende Transparenz, die mangelnde Einbindung der Quartierbevölkerung sowie die ungenügende baurechtliche Grundlage des Projekts sind die Hauptgründe, weshalb sich so viele Einsprecherinnen und Einsprecher kritisch geäußert haben. Dieser Vorgang hat schon ein paar Fragen aufgeworfen, weshalb ich mir erlaube diese auch im Namen der Anwohnenden zu stellen:

1. Warum hat der Stadtrat das Gespräch mit den Anwohnern nicht vor Eingabe des Baugesuchs gesucht?
2. Wurde die Musikschule über das Bauprojekt «Suchthilfe Ost» informiert? Wenn ja, wie lautete die Stellungnahme der Musikschule?
3. Was sind nun die Pläne mit dieser Parzelle?
4. Warum muss die «Suchthilfe Ost» aus den bisherigen Liegenschaften raus? Gab es Probleme? Wurden diese behoben?
5. Im Umkreis von 100 Metern befinden sich eine Kinderkrippe, die städtische Musikschule sowie eine Gruppenkinderarztpraxis. Wie sehen die Überlegungen des Stadtrates aus, eine Institution mit Suchtproblematik in eine Umgebung mit vielen minderjährigen Kindern zu platzieren?
6. Das Projekt wurde von einer Lage mit viel Verkehr und hohen Lärmemissionen und wenig angrenzenden Wohnungen inmitten eines Quartiers versetzt. Wurde diese Änderung geprüft? Ist es ein Grundsatzentscheid, den man da getroffen hat?
7. Was sind die Pläne mit dem Gebäude der Musikschule? Ist geplant, dass die Suchthilfe Ost in die Musikschule einzieht?
8. Wird der Stadtrat bei der nächsten Evaluation diesen Prozess mit Einbindung der Betroffenen durchführen?
9. Der SRF Dok-Film «Crack in Olten» zeigte auf, dass in Liegenschaften der «Suchthilfe Ost» mutmasslich illegale Drogen gedealt werden. Dies könnte eine

zusätzliche Problematik krimineller Aktivitäten nach sich ziehen wie: Beschaffungskriminalität, Revierkämpfe der Händler oder Streit zwischen Konsumenten und Händler. Hat der Stadtrat diesbezüglich eine Risikoanalyse vorgenommen? Könnten er diese mit uns teilen?

10. Gibt es bei den bisherigen Liegenschaften der Suchthilfe eine vermehrte Präsenz der Polizei und des Notrufs wie es uns berichtet wurde? Wie geht der Stadtrat damit um?

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet und Stadträtin Marion Rauber beantworten den Auftrag im Namen des Gesamstadtrates wie folgt:

1. *Warum hat der Stadtrat das Gespräch mit den Anwohnern nicht vor Eingabe des Baugesuchs gesucht?*

Im Zuge der öffentlichen Publikation des betreffenden Baugesuchs konnte sich die Nachbarschaft über das geplante Bauvorhaben informieren. Es wurde ihr damit auch die Möglichkeit gegeben, sich zu dem geplanten Bauvorhaben zu äussern oder rechtliche Schritte einzuleiten. Damit wurden die vorgeschriebenen formellen Schritte des Baurechts eingehalten.

Im Übrigen wurde die Bevölkerung im Rahmen einer Medienmitteilung in objektiver und ausgewogener Weise über den Sachverhalt bzw. die Absichten auf dem bezeichneten (Teil-) Areal der Musikschule (vor-) orientiert. So wurde u.a. öffentlich dargelegt, dass die Suchthilfe Ost (SHO) auf dem Areal unterhalb der Musikschule einen Gemüsegarten für das Beschäftigungsprogramm «Tagwerk» mit Werkstatt und Hof- bzw. Stadtladen im bestehenden Pavillon plane. Die SHO führe im Auftrag der Gemeinden das niederschwellige Beschäftigungsprogramm «Tagwerk» für Menschen mit Abhängigkeitsproblematiken durch. Das «Tagwerk» biete Tagesstruktur und sinnvolle Beschäftigung. Über regelmässige Kontakte mit konstanten Bezugspersonen werde Vertrauen und Beständigkeit hergestellt. Zentrale Eigenschaften wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Teamfähigkeit würden geübt und gefestigt. Zwischen drei und 20 Klientinnen und Klienten wären dort – beaufsichtigt durch Fachpersonal – täglich zwischen 8 und 12 Uhr beschäftigt gewesen. Im Zentrum hätte dabei der Garten gestanden, in dem Gemüse, Salate, Kräuter und Blumen angebaut worden wäre. Der Pavillon hätte als «Gesicht» zur Stadt zudem einen Hof- bzw. Stadtladen beherbergt, wo frisches Gemüse hätte gekauft werden können.

Mit Blick auf die Natur des vorliegenden Vorhabens – welches im Kern der Sache die Etablierung eines (zonenkonformen) Gemüsegartens vorgesehen hätte – konnte vom Stadtrat kein besonderer Umstand erkannt werden, welcher darüber hinaus gehende Aktivitäten, bspw. ein vorgängiges «Mitwirkungsverfahren» mit der Anwohnerschaft, gerechtfertigt hätten.

2. *Wurde die Musikschule über das Bauprojekt «Suchthilfe Ost» informiert? Wenn ja, wie lautete die Stellungnahme der Musikschule?*

Der angedachte, befristete Miet-/Pachtvertrag mit der SHO hätte sich auf die «untere» Teilfläche des Aussenareals der Musikschule von rund 10 Aren sowie den darauf situierten Pavillon beschränkt. Aufgrund der natürlichen Terrassierung wurde und wird dieser Grundstücksteil nicht als Teil des (separat umzäunten) Musikschul-Aussenareals genutzt. Dieser Grundstücksteil ist ausserdem auch finanztechnisch separiert, indem er dem Finanzvermögen (und nicht dem Verwaltungsvermögen) zugewiesen ist.

Die Direktion Bildung und Sport, als verantwortliche Organisation für das gesamte schulische und schulergänzende Angebot der obligatorischen Volksschulstufe, war über das Konzept der SHO, diese Aussenfläche im Rahmen des Beschäftigungsprogramms für Menschen mit Abhängigkeitsproblematik als (Gemüse-) Garten nutzen zu wollen, informiert.

3. Was sind nun die Pläne mit dieser Parzelle?

Der Stadtrat vertritt die Auffassung, dass mit einer (Zwischen-) Nutzung des Areals auch ein gewisser Mehrwert für die allgemeine Bevölkerung generiert und / oder ein Mehrnutzen für die Funktionalität der Stadt einhergehen sollte. Daher vermochten die Nutzungsanfragen von privater Seite nicht vollends zu überzeugen.

Im Übrigen steht die Zukunft des (Gesamt-) Areals des heutigen Standorts der Musikschule an der Leberngasse auch im direkten Kontext mit der Frage, ob dereinst das frühere Kapuzinerkloster zur städtischen Musikschule umgenutzt werden kann. Hierzu laufen bekanntlich aktuell die entsprechenden Projektabklärungen.

4. Warum muss die «Suchthilfe Ost» aus den bisherigen Liegenschaften raus? Gab es Probleme? Wurden diese behoben?

Die SHO hatte bisher zwei unterschiedliche Vermieter. Einerseits den Hauptsitz mit Büros, Gassenküche sowie der Kontakt & Anlaufstelle (K&A) an der Aarburgerstrasse 63; dieses Mietverhältnis besteht seit Jahrzehnten und soll auch dort verbleiben. Andererseits mietete die SHO in unmittelbarer Nähe eine Wohnung mit Garten. Diese Liegenschaft wurde für das Beschäftigungsprogramm genutzt. Bei diesem Mietverhältnis kam es im vergangenen Jahr zu Unstimmigkeiten, da die Vermieter einen Umzug des K&A forderten. Aus Sicht der SHO ist die Lage der K&A jedoch ideal, da kaum Nachbarn vorhanden sind und die Lage gleichzeitig zentral und doch etwas abseits ist. Auf diese Art lässt sich der öffentliche Raum entlasten. Entsprechend ging die Suchthilfe nicht auf das Anliegen ein und infolgedessen wurde ihr die Wohnung mit Garten sowie sämtlichen Parkplätzen für die Mitarbeiter gekündigt. Diese Probleme sollten mit dem neuen Standort behoben werden.

5. Im Umkreis von 100 Metern befinden sich eine Kinderkrippe, die städtische Musikschule sowie eine Gruppenkinderarztpraxis. Wie sehen die Überlegungen des Stadtrates aus, eine Institution mit Suchtproblematik in eine Umgebung mit vielen minderjährigen Kindern zu platzieren?

Der Stadtrat versteht, dass die Frage, wie mit Drogen und Suchterkranken umgegangen werden soll, je nach Blickwinkel, viel Brisanz bzw. unterschiedliche Auffassungen bieten kann. Wie unter der Antwort zur Frage 1 einlässlich dargelegt, wäre es auf dem besagten Areal allerdings «nur» um den – durch Fachpersonal bzw. konstante Bezugspersonen beaufsichtigten – Aufbau und Betrieb eines Gemüsegartens durch Suchtkranke, während jeweils vier Stunden vormittags, gegangen. Der Stadtrat sah im entsprechenden Beschäftigungsprogramm primär die Chance eines schadensmindernden Angebots und kein unangemessenes Gefährdungspotenzial für Kinder.

6. Das Projekt wurde von einer Lage mit viel Verkehr und hohen Lärmemissionen und wenig angrenzenden Wohnungen inmitten eines Quartiers versetzt. Wurde diese Änderung geprüft? Ist es ein Grundsatzentscheid, den man da getroffen hat?

Die Änderungen wurden auf Basis des von der SHO erarbeiteten ausführlichen Betriebskonzepts geprüft und es hat den Stadtrat überzeugt. Ein Grundsatzentscheid wurde jedoch nicht getroffen.

7. Was sind die Pläne mit dem Gebäude der Musikschule? Ist geplant, dass die Suchthilfe Ost in die Musikschule einzieht?

Am Standort Leberngasse wird aktuell und bis auf weiteres die städtische Musikschule betrieben. Was die weitere Zukunft der Liegenschaft betrifft, wird auf den zweiten Teil der Antwort zur Frage 3 verwiesen.

8. *Wird der Stadtrat bei der nächsten Evaluation diesen Prozess mit Einbindung der Betroffenen durchführen?*

Wie unter der Antwort zur Frage 1 dargelegt, werden baurechtliche vorgeschriebene Schritte wie das Einreichen eines Baugesuchs von der Stadt als Bauherrschaft selbstverständlich stets vorgenommen. Auch wird die Bevölkerung über Absichten und Sachverhalte mittels Veröffentlichung von Medienberichten orientiert. Andererseits erfordert – abhängig von der Tragweite eines Projekts – aber nicht jede beabsichtige Entwicklung auf einem Grundstück im Besitze der Stadt vorab auch noch ein «Mitwirkungsverfahren».

9. *Der SRF Dok-Film «Crack in Olten» zeigte auf, dass in Liegenschaften der «Suchthilfe Ost» mutmasslich illegale Drogen gedealt werden. Dies könnte eine zusätzliche Problematik krimineller Aktivitäten nach sich ziehen wie: Beschaffungskriminalität, Revierkämpfe der Händler oder Streit zwischen Konsumenten und Händler. Hat der Stadtrat diesbezüglich eine Risikoanalyse vorgenommen? Könnten er diese mit uns teilen?*

Die Einschätzung bzw. Risikoanalyse des Stadtrates für den geplanten Gemüsegarten wurde in der Antwort zur Frage 5 dargelegt.

10. *Gibt es bei den bisherigen Liegenschaften der Suchthilfe eine vermehrte Präsenz der Polizei und des Notrufs wie es uns berichtet wurde? Wie geht der Stadtrat damit um?*

Die Polizeipräsenz hat sich nicht erhöht. Auch der Notruf musste selten und nicht häufiger als bis anhin aufgeboten werden.

- - - -

Matthias Borner, Interpellant: Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Interpellation. Ich sage absichtlich «unserer», denn ich habe sie im Namen der Anwohnenden am Schürmattweg eingereicht, weil es schon sehr viel Unmut und Fragen in meinem Umfeld gegeben hat. Ich habe das nun in ihrem Namen als Interpellation eingereicht. Dennoch bleiben zentrale Fragen offen. Gewisse Antworten werfen sogar neue Fragen auf. Zuerst möchte ich aber eines klar festhalten. Es geht nicht um eine pauschale Kritik an der Arbeit der Suchthilfe Ost. Die Suchthilfe erfüllt eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Menschen mit Suchtproblemen brauchen Unterstützung, Betreuung und Perspektive. Das steht ausser Frage. Aber genau, weil diese Arbeit so wichtig ist, braucht es auch tragfähige Standorte sowie Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung. Genau dort liegt das Problem. Der Stadtrat argumentiert in seiner Antwort vor allem formal juristisch. Man habe das Baugesuch publiziert, die gesetzlichen Verfahren eingehalten und darum korrekt gehandelt. Doch die Politik erschöpft sich nicht darin, das absolute Minimum des Baurechts einzuhalten. Ich habe auch kurz beschrieben, wie das für mich war. Ich habe gehört, da werde etwas gebaut, etwas Neues, man kann es anschauen. Ich bin ins Stadthaus gegangen, habe es nicht gefunden. Ich bin darauf wieder nachhause und habe meinem Nachbarn gesagt: «Nein, es liegt auf.» Danach kam heraus, dass das Baufeld falsch bezeichnet wurde. Das Ganze war zudem kurz vor den Sommerferien. Es hätte durchaus dem einen oder anderen entgehen können, dass dort etwas gebaut wird. Gerade bei sensiblen Projekten wäre eine frühzeitige Kommunikation entscheidend gewesen. Wir wussten von nichts. Wenn in der kürzesten Zeit 18 Einsprachen aus einem Quartier eingehen, dann zeigt dies doch offensichtlich, dass man die Bevölkerung nicht mit-genommen hat. Besonders irritierend ist zudem die wiederholte Verharmlosung des Projekts «Aus Gemüsegarten». Gleichzeitig lesen wir in der Antwort von Werkstatt, Hofladen, Beschäftigungsprogramm und einem dauerhaften Betrieb der Suchthilfe Ost auf dem Areal.

Die Menschen im Quartier haben darum berechtigte Fragen. Was bedeutet dieser Standort konkret? Welche Auswirkungen hat er? Welche Risiken sind geprüft worden? Warum wird ein solches Projekt unmittelbar neben einer Musikschule, Kinderarztpraxis und Kinderkrippen geplant? Ich kann euch auch kurz sagen, wie der jetzige Standort zustande gekommen ist. Hier hat der VSEG proaktiv nach geeigneten Orten gesucht und hat ihn gefunden, dort, neben Kreisel, zwischen Gleis und Hauptstrasse. Das ist vielen Leuten nicht einmal aufgefallen und dadurch allgemein akzeptiert und so hat man auch einen guten Standort gefunden. Auf unsere Fragen liefert der Stadtrat letztlich keine echte Risikoanalyse, sondern lediglich Einschätzungen. Und genau darum ist unsere Interpellation notwendig. Besonders bemerkenswert ist jetzt aber eine weitere Entwicklung. Nachdem das Projekt in Olten gescheitert ist, wurde ein neuer Standort geprüft. Wiederum mit grossem Widerstand aus der Bevölkerung und wiederum wegen mangelnder Kommunikation und der Standortwahl. Und ich zitiere den Gemeindepräsidenten von Wolfwil, er ist Präsident dieser Suchthilfe. Er hat ihnen mitgeteilt, es tue ihm leid, er habe vergessen, es ihnen zu sagen. Das zeigt, es handelt sich eben nicht um ein einmaliges Missverständnis (bei uns ist das genau gleich gelaufen), sondern um ein strukturelles Problem beim Vorgehen. Wer soziale Institutionen langfristig erfolgreich betreiben will, braucht Akzeptanz. Und Akzeptanz entsteht nicht durch Kommunikation im Nachhinein, sondern durch frühzeitigen Einbezug, Offenheit und transparente Prozesse. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort sinngemäss, ein Mitwirkungsverfahren sei nicht nötig gewesen. Politisch betrachtet ist genau das vermutlich der entscheidende Fehler gewesen. Denn am Ende verlieren alle. Die Bevölkerung verliert Vertrauen, die Stadt wertvolle Zeit und auch die Suchthilfe selber gerät unter unnötigen Druck. Darum hoffe ich sehr, dass aus diesem Vorgang Lehren gezogen werden: Für zukünftige Standortentscheide, für den Umgang mit den Quartieren und für die politische Kommunikation bei sensiblen Projekten. Gute Sozialpolitik braucht nicht nur gute Absichten, sie braucht auch ein gutes Regieren. Vielen Dank.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: OJ wird sich zu dieser und zu den nächsten beiden SVP-Interpellationen nicht äussern. Der Stadtrat hat diese drei Interpellationen sachlich und vollständig beantwortet. Damit ist das Nötige gesagt. Wir sehen keinen Anlass, die politische Stossrichtung dieser Vorstösse mit einer Debatte aufzuwerten. Die Verknüpfung von einer Suchthilfe, Gemüsegarten mit Gefährdung von Kindern, die Aufschlüsselung von Tatverdächtigen nach Nationalität und Aufenthaltsstatus oder auch die Zuspitzung eines Personalwechsels zur Führungskrise.

Claudia Schmid, Fraktion SP/JSP: Die Kritik, die aus dieser Interpellation herauszulesen ist, erkennt aus unserer Sicht, worum es bei diesem Projekt eigentlich gegangen wäre. Es hat sich nicht um einen offenen Treffpunkt oder eine Konsumationsstelle oder sonst irgendetwas gehandelt, sondern um ein begleitetes, zeitlich klar begrenztes Beschäftigungsprogramm mit fachlicher Betreuung. Genau das hat der Stadtrat in seiner Antwort festgehalten. Es wäre ein absolut wichtiges und tolles Angebot gewesen für suchterkrankte Menschen. Auch der SRF-Doc-Film, der erwähnt wurde, zeigt sehr deutlich, wie wichtig solche Strukturen, Beschäftigung und Prävention für suchterkrankte Menschen sind. Auch an der Podiumsdiskussion im Januar im Kino-Lichtspiel zur aktuellen Situation in Olten wurde genau darüber gesprochen. Und dort hat parteiübergreifend Einigkeit geherrscht – gell, Philippe -, dass solche Angebote eben schon noch wichtig sind. Darum sind umso mehr die Argumentation und die Fragen in dieser Interpellation für uns nur schwer nachvollziehbar. Und zum Thema Dialog: Wer mehr Dialog und Transparenz fordert, soll den Dialog auch dann suchen, wenn die Projekte öffentlich werden und Rückmeldungen geben auch möglich sind. Wenn tatsächlich so grosse Sorgen und Unmut im Quartier bestanden haben und man vor allem als Politiker davon weiss, wäre es aus unserer Sicht sinnvoll gewesen, frühzeitig das Gespräch direkt mit dem Stadtrat oder der verantwortlichen Institution zu suchen, gerade wenn man das Projekt im Stadthaus vielleicht nicht findet. Erst im Nachhinein Transparenz einzufordern, nachdem das Projekt bereits zurückgezogen worden ist, wirkt schon etwas widersprüchlich. Auch stellt sich bei uns immer wieder die Frage, wer denn tatsächlich genau mit dieser erwähnten Anwohnerschaft gemeint ist. Und etwas weiteres wollen und müssen wir noch sagen. Der vorherrschende Grundton dieser Interpellation ist mehr als stossend. Es entsteht der Eindruck, dass Antworten darauf eingefordert werden, warum diese Stadt ein angeblich ach so gefährliches Angebot

mitten in einem Quartier plane. Damit wird indirekt ein sehr klares Bild vermittelt. Darüber, wie Matthias Borner und offenbar auch andere Menschen auf suchtbetroffene Personen schauen und sie mit Gefahr und Kriminalität gleichsetzen. Du hast es vorher mit deiner Frage genau wiederholt, warum wir dort ein solches Angebot planen. Es zeigt auch, wie wenig Vertrauen der Arbeit der Suchthilfe entgegengebracht wird, auch wenn du gerade zuvor etwas anderes gesagt hast. Und es zeigt auch, wie wenig dem Stadtrat zugetraut wird, ein solches Projekt verantwortungsvoll zu prüfen und einzuordnen. Diese Haltung finden wir mehr als nur problematisch. Menschen mit einer Suchterkrankung sind Teil unserer Gesellschaft und sie haben Anspruch auf Unterstützung, Tagesstruktur und Perspektiven, statt auf pauschale Verdächtigungen. Die Suchthilfe Ost leistet seit Jahren wichtige Arbeit in diesem Bereich und der Stadtrat hat ebenfalls schon damals nachvollziehbar dargelegt, warum er dieses Angebot als sinnvoll und tragbar beurteilt hat. Für die SP/JSP bleibt klar, eine solidarische Stadt muss auch Platz für Menschen mit Suchterkrankungen haben. Und mit solchen Angeboten verhindern wir grundsätzlich Ausgrenzungen und sie tragen letztlich zu einem besseren Zusammenleben für alle bei. Merci.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Das Erste, was mir durch den Kopf ging, als ich vom Projektabbruch in der Zeitung gelesen habe, war eigentlich Enttäuschung. Und zwar Enttäuschung darüber, dass ein sinnvolles, notabene seit Jahren etabliertes Sozialprojekt an einem geeigneten Standort im Keim erstickt wurde. Wir von den GO/JGO hätten den Umzug des Beschäftigungsprogramms Tagwerk an die Leberngasse begrüsst. Neben dem grosszügigen Garten hätte man ja den Pavillon ideal als Lädeli benutzen können und der Anwohnerschaft frisches Gemüse anbieten. Lokaler geht ja nicht. Dass solche Projekte in erster Linie den Widerstand der Anwohnenden rundherum auslösen, ist leider hinlänglich bekannt. Ich erinnere auch an Dulliken, wo wir jetzt eigentlich mit dem genau gleichen Problem zu kämpfen haben und es dort die gleichen Ressentiments und auch Ängste gibt. Und ja, ich weiss, es wäre zu einfach, den Widerstand nur aufs «Not-In-My-Backyard Syndrom» zu schieben. Die Bedenken der lokalen Anwohner sind durchaus ernst und im Rahmen der Detailplanung im Betrieb auch aufzunehmen. Die Erfahrung zeigt aber ebenfalls, dass der direkte Kontakt mit den Verantwortlichen und die Erfahrungen nach dem Start eines solchen Projekts wie das Tagwerk eine grosse Wirkung haben kann und sich dann oft ein Grossteil der Bedenken in Luft auflösen. Vor allem jene, die vorher beim City-Träff dabei waren, wissen, wovon ich spreche. Dazu wird es im vorliegenden Fall nun nicht kommen. Wir danken dem Stadtrat trotzdem für seine nachvollziehbaren Antworten auf die Interpellation. Ja, im Nachhinein ist es meistens einfacher, vermeintliche Fehler im Verfahren zu orten. Aber ob jetzt z.B. ein zusätzlicher vorgängiger Infobrief ans Quartier wirklich etwas am Widerstand geändert hätte, bleibt halt Spekulation. Und ja, ich erwähne es trotzdem auch kurz: Die Fragen sind suggestiv gestellt und sie stellen einerseits den Stadtrat in die Rolle des Bösewichts und andererseits bringen sie halt immer die gleichen Stereotypen und verstärken die Berührungsängste und Vorurteile gegenüber suchtbetroffenen Menschen. Im Endeffekt erreicht die Interpellation genau das Gegenteil von dem, was die viel zitierte SRF-Doku eigentlich beabsichtigt hat. Danke.

Muriel Jeisy, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Die GLP/Mitte/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antworten. Wir möchten noch auf einen Punkt hinweisen. Nämlich, dass es sich unserer Ansicht nach um ein hochsensibles Thema handelt. Denn man sieht ja jetzt, wie es zuvor geschildert wurde, auch in Dulliken hat es Erhebliches ausgelöst und auch sonst kann man immer wieder in den Medien bei solchen Themen herausspüren, dass das bewegt und nach Klärungsbedarf sucht. Auch an Mitglieder aus unserer Fraktion wurden Fragen und Befürchtungen herangetragen und wir hätten uns schon eine proaktive Kommunikation in der Nachbarschaft durch die Stadt gewünscht. Oder zumindest ein Statement, dass eine solche Kommunikation geholfen hätte und man künftig anders vorgehen würde, wenn man solche Projekte gewinnbringend voranbringen möchte. Wir jedenfalls erachten das publizierte Baugesuch und die Medienmitteilung, die in der Lokalzeitung publiziert worden ist, als eine Minimalvariante. Und ja, selber suchen wir ja auch schon bei weniger heiklen, eigenen Projekten vorab das direkte Gespräch mit unseren Nachbarn, wenn wir irgendetwas planen, um sie aus erster Hand zu orientieren, Fragen beantworten zu können und auch auf allfällige

wichtige Anliegen nach Möglichkeit möglichst Rücksicht nehmen zu können. Und ja, das ist uns wirklich ein wichtiger Punkt, bei welchem wir das Gefühl haben, dass er hier etwas zu kurz kommt.

Nico Zila, Fraktion FDP: Vielleicht bedauere ich es gleich, geschätzte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist extrem schwierig, zu einer solchen Interpellation irgendeinen Zwischenton zu finden. Selbstverständlich war das Projekt kommunikativ unglücklich aufgeleitet. Es war nicht am richtigen Standort geplant, auf bestem Wohnbauland an der Dünneren, wie der Stadtrat inzwischen auch anerkennt, im Zusammenhang mit der Volksabstimmung zur Verlegung der Musikschule ins Kapuzinerkloster. Auf der anderen Seite ist es auch rational nicht ersichtlich, warum ein Kind, das eine drogensüchtige Person gärtnern sieht, auf irgendeine Art und Weise gefährdet sein soll. Dann dürfte es ja auch nicht an den Kirchentreppe vorbeilaufen oder an der - aus meiner Sicht wirklich ärgerlichen - Drogenhöhle in der Schütze auf dem Weg ins Training vorbeikommen. Mit Schlagworten von der einen oder anderen Seite ist weder diesem Thema noch insbesondere den Leuten gedient, worum es da ja letztlich geht. Auch aus unserer Sicht führt kein Weg an einer offenen und direkten Kommunikation vorbei. Wir alle sind Zeugen und ich hoffe nicht auch noch Mit-Anstifter davon, dass ein grosser Teil einer solchen Kommunikation sich weg vom öffentlichen in einen virtuellen Raum verlagert. Ich glaube, wir müssen wirklich wieder lernen, und das soll jetzt nicht irgendwie priesterlicher klingen, als es gemeint ist, einander in die Augen zu schauen und vor Ort miteinander über solche Themen zu sprechen und einander auch Ängste zu nehmen. Dann können wir uns Interpellationen von dieser Art, die schlussendlich auch nicht zu einem Ergebnis führen, hoffentlich in Zukunft auch ein bisschen sparen.

Parlamentspräsident Ursula Rüegg: Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein. Dann bleibt mir noch die Frage nach der Befriedigung beim Interpellanten.

Matthias Borner (SVP): Nein, wir sind nicht befriedigt von diesen Antworten.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. Mai 2026

Prot.-Nr. 55

Interpellation Lukas Neumaier (SVP) betr. Kriminalität in der Stadt Olten / Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 21. August 2025 wurde von Lukas Neumaier (SVP) eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Der Interpellant möchte folgende Fragen beantwortet haben:

1. *Wie viele Kriminalfälle hat es seit 2015 jährlich im Perimeter vom Bahnhof Olten bis und mit Vorstadt gegeben?*
2. *Wie oft kam es zu Verurteilungen?*
3. *Wie haben sich die Zahlen im entsprechenden Zeitraum entwickelt?*
4. *Um welche Delikte handelt es sich?*
5. *Welche Nationalitäten und welchen Aufenthaltsstatus hatten die festgenommenen Personen?*
6. *Wie alt waren die angehaltenen Personen*
7. *Seit dem Fahrplanwechsel 2024/2025 war am Bahnhof Olten in den Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag eine erhöhte Präsenz von Sicherheitseinheiten vorhanden. Wie hat sich dies auf das Sicherheitsgefühl und die Kriminalität um den Bahnhof Olten ausgewirkt?*
8. *Welche Massnahmen für die Reduktion der Kriminalität werden ergriffen?*

Begründung

Seit fünf Jahre infolge steigen die Kriminalitätszahlen in der Stadt Olten. Mit 151.0 Straftaten pro 1000 Einwohner befindet sich die Stadt Olten im hohen Bereich der Statistik. Vor allem am Bahnhof und dessen Umgebung, wie auch in der Vorstadt werden vermehrt Personen belästigt und diverse Straftaten begangen. Gerade für Frauen ist es beängstigend, wenn man nach 22 Uhr am Bahnhof Olten ankommt.

Frauen getrauen sich um diese Zeit kaum noch, allein unterwegs zu sein. Damit die Politik dieses Problem in Angriff nehmen und lösen kann, ist es unabdingbar, dass wir über die Kriminalfälle Bescheid wissen und die Täterprofile im Detail kennen. Zudem ist es relevanter Bedeutung, dass Massnahmen ergriffen werden, welche zu einer Reduktion der Straftaten führen

* * *

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Einleitend möchten wir festhalten, dass der Stadtrat um die Sicherheit in Olten besorgt ist und sich zu dem Zweck anhand unterschiedlicher Massnahmen mit der Thematik beschäftigt. So besteht ein enger Kontakt mit der Kantonspolizei Solothurn, bei dem die Stadt auf problematische Zonen hinweist. Die Kantonspolizei führt die Patrouillen in eigenem Ermessen durch. Ebenfalls koordiniert werden präventive Aktivitäten der Gassenarbeit und des Sicherheitsdiensts. Die Stadt Olten nimmt darüber hinaus am Sicherheitszirkel vom Bahnhof Olten teil. In quartalsweisen Treffen mit den weiteren Teilnehmern (Infrastrukturbetreiber,

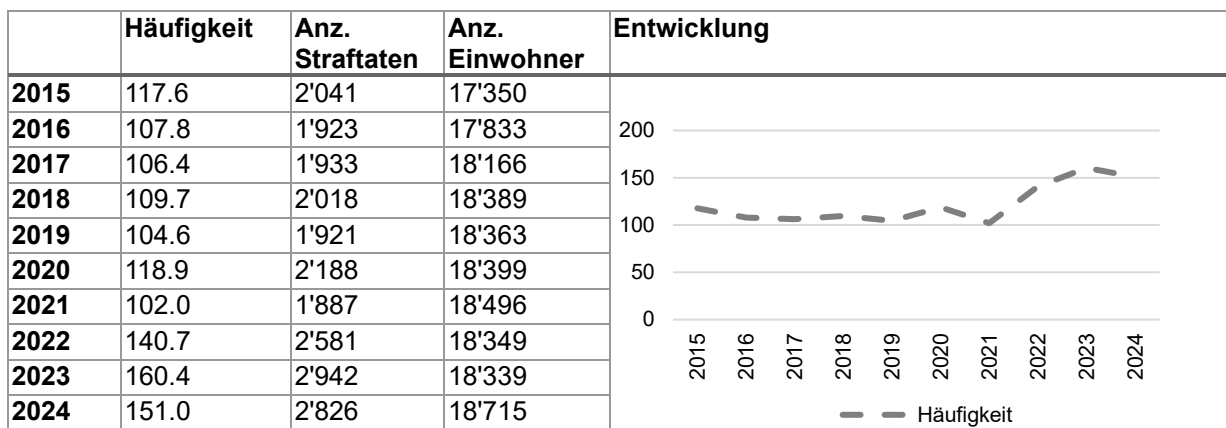
KAPO, SBB-Transportpolizei) erfolgt unter anderem eine gemeinsame Bewertung der Sicherheitslage am Bahnhof Olten sowie eine Themenfeldkoordination. Zu weiterführenden Angaben siehe hierzu die Antwort des Stadtrats auf den fraktionsübergreifenden Auftrag SVP, Mitte/GLP/EVP, FDP vom 13. Januar 2025.

Ebenfalls möchten wir in Bezug auf die Zahlen und deren Interpretation auf einige Punkte hinweisen. Die Statistiken zeigen jeweils nur die bekannt gewordene Kriminalität (Hellfeld). Nicht direkt statistisch erfassen lässt sich die Dunkelziffer, also die der Polizei nicht bekannte Kriminalität. Passt die Bevölkerung ihr Anzeigeverhalten an, zeigt sich dies zwar in den Zahlen, muss aber nicht zwingend mit dem tatsächlich veränderten Kriminalitätsvorkommen zusammenhängen. Beispielsweise besteht ein Anreiz, Diebstähle anzuzeigen, da die Versicherung nur dann Leistungen erbringt. Andererseits haben Opfer sexualisierter Gewalt oftmals persönliche Gründe, keine Anzeige zu erstatten, weshalb diese Anzeigequote geringer ist.²

Zudem gilt es im Hinblick auf die relativen Zahlen (Anzahl Straftaten auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner) zu beachten, dass diese zwar die Vergleichbarkeit verbessert. Sie vermögen jedoch die unterschiedlich starke Pendlerpopulation, die unter anderem in Olten sehr hoch ist und einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf das Kriminalitätsaufkommen hat, nicht berücksichtigen.

1. Wie viele Kriminalfälle hat es seit 2015 jährlich im Perimeter vom Bahnhof Olten bis und mit Vorstadt gegeben?

Der in der Frage erwähnte Perimeter wird in der Statistik nicht separat erfasst, zumal es in der Stadt Olten keine Vorstadt gibt. Untenstehende Aufstellung zeigt daher die Häufigkeitszahlen (Straftaten nach Strafgesetzbuch pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner)³ spezifisch für die Stadt Olten. Bei der angegebenen Quelle sind weitere Straftaten nach Betäubungsmittelgesetz sowie Ausländer- und Integrationsgesetz zu finden.



2. Wie oft kam es zu Verurteilungen?

Eine städtische Statistik zur Verurteilung der in Olten registrierten Fälle liegt nicht vor. Gemäss Strafurteilsstatistik (SUS) verzeichnete der Kanton Solothurn im Jahr 2024 insgesamt 3'912 Verurteilungen auf unter Titeln des Strafgesetzbuchs.

² (Bundesamt für Statistik, Aussagekraft der polizeilichen Kriminalstatistik, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-strafrecht/polizei.html>)

³ Kanton Solothurn, Polizeiliche Kriminalstatistik Kanton Solothurn, <https://so.ch/verwaltung/departement-des-innern/polizei/ueber-uns/statistiken-jahreszahlen/polizeiliche-kriminalstatistik/>)

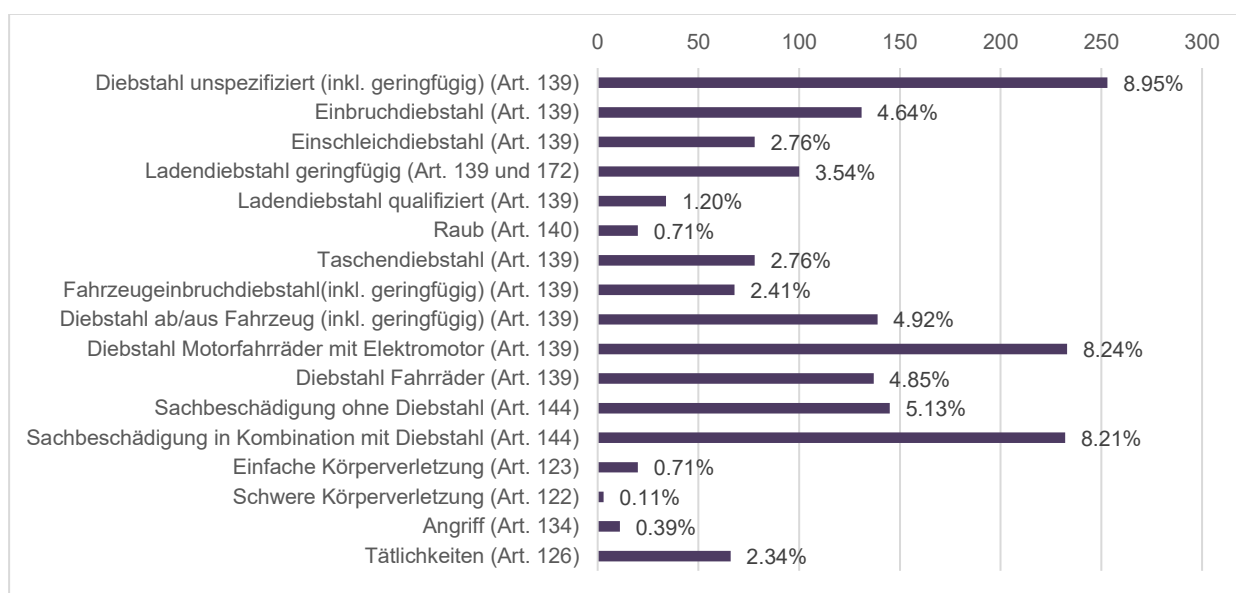
Im vorliegenden Zusammenhang relevanter dürften jedoch die Zahlen zu den Aufklärungen sein, sprich, wenn mindestens eine Person als Urheber der Straftat identifiziert werden konnte. Auf kantonaler Ebene lag die Aufklärungsquote der Delikte gemäss Strafgesetzbuch im Jahr 2024 bei 38.1%.⁴ Für die städtische Ebene liegen keine Zahlen vor. In dem Zusammenhang ist zudem festzuhalten, dass grundsätzlich jede Straftat mit bekannter Täterschaft durch die Polizei bei der Staats- oder Jugendanwaltschaft zur Anzeige gebracht wird.

3. *Wie haben sich die Zahlen im entsprechenden Zeitraum entwickelt?*

Siehe Frage 2

4. *Um welche Delikte handelt es sich?*

Nachfolgende Darstellung illustriert die Statistik zur Verteilung der polizeilich registrierten Straftaten in der Stadt Olten nach einzelnen Straftaten des Strafgesetzbuches bzw. deren Unterarten im Jahr 2024. Es handelt sich dabei um eine Aufschlüsselung der Zahlen aus Frage 1.



5. *Welche Nationalitäten und welchen Aufenthaltsstatus hatten die festgenommenen Personen?*

Nachfolgende Statistik zeigt die Anzahl polizeilich registrierter beschuldigter Personen in der Stadt Olten nach Aufenthaltsstatus im Jahr 2024.

⁴ Kanton Solothurn, Polizeiliche Kriminalstatistik Kanton Solothurn, <https://so.ch/verwaltung/departement-des-innern/polizei/ueber-uns/statistiken-jahreszahlen/polizeiliche-kriminalstatistik/>

Aufenthaltsstatus	Anzahl
Schweizer/innen	223
Ständige ausländische Wohnbevölkerung	199
C Niederlassungsbewilligung	113
B Aufenthaltsbewilligung	86
Diplomat/in, internationale/r Funktionär/in inkl. Ausweis Ci	0
Asylbevölkerung	104
F Vorläufige Aufnahme	12
N Im Asylverfahren (ab Gesuchseinreichung / bis zur Ausreisefrist / mit Vollzugsaussetzung)	80
S Schutzstatus	12
Übrige Ausländer/innen	145
L Kurzaufenthaltbewilligung	3
G Grenzgängerbewilligung	1
Legal anwesend ohne ausweispflichtigen Status (Tourist/in, Besucher/in)	59
Im Meldeverfahren für Kurzerwerbstätigkeit (Staatsangehörige / Angestellte von Unternehmen EU/EFTA)	6
Illegal anwesend mit negativem Asylentscheid und Ausreisepflicht	51
Asylsuchende mit NEE	0
Abgewiesene Asylsuchende mit Sozialhilfestopp	0
Illegal anwesend ohne Asylverfahren	17
Illegal Anwesende	-
Rückweisung an der Grenze	0
Unbekannt	8
o.A.	0

6. *Wie alt waren die angehaltenen Personen?*

Eine Statistik über das Alter der angehaltenen Personen existiert nicht. Nicht jede Person, die angehalten wird, wird in Gewahrsam genommen und falls sie in Gewahrsam genommen wird, gibt es zudem verschiedene Gewahrsamsgründe.

Als Annäherung wird daher die Statistik der beschuldigten Personen nach Altersgruppe für Delikte gemäss Strafgesetzbuch für den gesamten Kanton Solothurn im Jahr 2024 herangezogen.

	Total
Total	3 816
Minderjährige	376
Junge Erwachsene (18-24 J.)	617
Erwachsene (>24 J.)	2823

7. *Seit dem Fahrplanwechsel 2024/2025 war am Bahnhof Olten in den Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag eine erhöhte Präsenz von Sicherheitseinheiten vorhanden. Wie hat sich dies auf das Sicherheitsgefühl und die Kriminalität um den Bahnhof Olten ausgewirkt?*

Die Kantonspolizei stellt mit Genugtuung fest, dass die erhöhte Präsenz wahrgenommen wird. Nach ihrer Einschätzung wirkt sich eine erhöhte Präsenz von Seite Kantonspolizei, Transportpolizei und anderen Sicherheitseinheiten (hierzu erfolgen jeweils unter den Sicherheitspartnern Absprachen) vorab positiv auf das Sicherheitsgefühl aus und

zweitens bewirkt eine Präsenz auch objektiv eine Verbesserung der Sicherheit (Reduktion von Tatgelegenheiten). Die derzeitigen sicherheits- und kriminalpolizeilichen Herausforderungen an Polizeien stimmen jedoch mit den aktuellen personellen Polizeiressourcen nicht überein, deshalb kann die Präsenz nicht immer gewährleistet und insbesondere nicht erhöht werden. Die Kantonspolizei wird weiterhin im Verbund lage- und risikobasiert agieren. Weiter ist zu beachten, dass der Bahnhof Olten auch an den Wochenendabenden eine Zentrumsfunktion in der Region wahrnimmt. Eine Detailerhebung zu den Deliktszahlen an genannten Wochenendabenden liegt aktuell nicht vor. Wie einleitend erwähnt wird der Perimeter Bahnhof in der PKS nicht separat ausgewiesen.

Es besteht zudem die Möglichkeit, das Sicherheitsgefühl durch Massnahmen im Infrastrukturbereich positiv zu beeinflussen. Insbesondere eine ausreichende Beleuchtung oder eine Videoüberwachung können sich positiv auswirken. Beide Aspekte flossen und fliessen in das laufende Projekt «Neuer Bahnhofplatz Olten» ein.

8. *Welche Massnahmen für die Reduktion der Kriminalität werden ergriffen?*

Siehe hierzu die einleitenden Informationen.

- - - -

Lukas Neumaier, Interpellant: Zuerst einmal möchte ich mich herzlich bedanken für die Beantwortung der Fragen durch Thomas Marbet. Der Stadtrat beantwortet in der Einleitung der Interpellation: «Einleitend möchten wir festhalten, dass der Stadtrat um die Sicherheit in Olten besorgt ist und sich zu dem Zweck anhand unterschiedlicher Massnahmen mit der Thematik beschäftigt.» Das Gute ist, dass in der Zwischenzeit das Regierungsprogramm publiziert wurde. Wenn der Stadtrat mitteilt, er sei besorgt um die Sicherheit der Oltnen Bevölkerung, aber im Regierungsprogramm nicht in einem Punkt von der Sicherheit die Rede ist, dann muss sich der Bürger und die Bürgerin sehr wohl fragen, wie ernst es dem Stadtrat um die Sicherheit ist. Wenn eine Sicherheit nicht einmal in den Top 10 des Regierungsprogramms schafft, nachdem man letztes Jahr medial so schlecht dargestellt wurde, wirft das Fragen auf. Es gibt sehr wohl Massnahmen, die ergriffen werden können. Präventionskampagnen (diese kann man in Kooperation mit anderen Städten oder mit der Kantonspolizei oder sogar mit der Opferhilfe eingehen), bauliche Massnahmen, technologische Installationen. All diese Möglichkeiten kann der Stadtrat sehr wohl aufgreifen und in ein Regierungsprogramm aufnehmen. Man muss hier mehr als nur deutlich sagen, dass gerade das Regierungsprogramm des Stadtrats zeigt, dass für ihn die Sicherheit keine Relevanz hat. Entsprechend muss in Zukunft jede Beantwortung des Stadtrats, welche die Sicherheit betrifft, mehr als kritisch betrachtet werden. Insbesondere, wenn der Stadtrat wieder einmal schreibt, man sei um die Sicherheit in Olten besorgt. Ich muss hier heute leider deutlich sagen, der Stadtrat hat mit dem Regierungsprogramm für die aktuelle Legislatur bewiesen, dass für ihn die Sicherheit nicht die Bedeutung hat, die die Bevölkerung verdient. Danke vielmals.

Silvia Huber, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Ich möchte sehr gerne etwas zu dieser Interpellation sagen, weil ich finde, dass es ein wichtiges Thema ist und dass man solche Themen nicht unwidersprochen oder nicht besprochen lassen und es damit eigentlich auch einer bestimmten Partei oder in eine bestimmte politische Richtung überlassen soll. Ich finde, wir sollten alle pragmatisch über dieses Thema sprechen und unsere Ansichten irgendwo zwischen schwarz und weiss ansiedeln. Dies so quasi als Vorausbemerkung von meiner Seite, zu dem, was zuvor gesagt wurde. Ich nehme jetzt auch direkt zu deiner Interpellation Stellung und nicht zum Regierungsprogramm und fange jetzt eigentlich damit an, was ich ursprünglich sagen wollte. Unsere Fraktion nimmt das Thema Sicherheit sehr ernst. Vor allem natürlich die Sicherheit in Olten. Ich habe selber erlebt, was ein Einbruch bei einem zu Hause auslösen kann und wie wirklich nachhaltig dies das eigene Lebensgefühl und das eigene Sicherheits-

gefühl beeinflussen kann. So schnell wird man das nicht mehr los. Ich kenne das Gefühl von Unsicherheit und ich teile darum das Anliegen, das in dieser Interpellation steckt. Die Schaffung einer sicheren Umwelt für alle, einer sicheren Umgebung. Absolut. Gleichzeitig wird man aber natürlich den Eindruck nicht los, dass die ganze Fragestellung dieser Interpellation schon von einer bestimmten Hypothese ausgeht, und eigentlich vor allem in der Statistik, die dann angefragt wird, nach Zahlen sucht, die genau diese Hypothese bestätigen sollen. Ich bin gespannt, welche politischen Schlüsse ihr daraus zieht. Ich hoffe aber natürlich, dass nicht der Fehler gemacht wird, die Statistik wirklich nur selektiv zu lesen und nur die Zahlen herauszupicken, die passen. Die Antwort des Stadtrats zeigt es ja auch: Die Realität ist komplex. Es gibt nicht nur Gut und Böse, es gibt nicht nur Schwarz und Weiss und auch unter den als ausländisch erfassten Personen gibt es ganz unterschiedliche Menschen. Wir haben eine grosse Gruppe mit Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligungen, die seit Jahren in Olten leben und arbeiten, das sind unsere Nachbarn und das sind Leute, die Teil unserer Stadtgesellschaft sind. Dann gibt es aber auch - ob gerechtfertigt oder nicht - Leute mit Touristen- und Touristinnen-Status und es gibt Personen mit ganz anderen Aufenthaltssituationen, die hier erfasst sind. Wer jetzt daraus einfach pauschal Schlüsse über die Ausländerinnen und Ausländer ziehen würde (ich weiss ja nicht, ob ihr das macht), gewinnt unserer Meinung nach keine zusätzliche Erkenntnis, sondern erzeugt vor allem einen Generalverdacht gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe. Das wird weder der Tatsache gerecht noch hilft es uns dabei, Kriminalität wirksam zu bekämpfen oder zu verhindern oder uns hoffentlich irgendwann sicherer zu fühlen. Im Gegenteil. Wenn man auf die tatsächlichen Einflussfaktoren schaut, sind das jene, die du jetzt zum Teil auch noch einmal erwähnt hast, die auch der Stadtrat erwähnt. Das ist sicher die Geografie von Olten, also die Funktion als Verkehrsknotenpunkt, die Zentrumsfunktion von Olten, die natürlich in einem gewissen Mass auch Kriminalität und Konflikt von aussen anziehen, welche nicht einfach der Wohnbevölkerung zugeschrieben oder zugerechnet werden können. Die reine Umrechnung auf Einwohnerzahlen bildet darum die Realität eigentlich relativ ungenügend ab. Dann haben wir das Thema Polizei-Ressourcen. Ich glaube, das ist den meisten hier drinnen auch klar oder ein Anliegen, dass die heutigen Ressourcen einfach nicht reichen, um den Herausforderungen zu begegnen, die es heute in Olten gibt. Trotzdem ist eine stärkere Präsenz nicht beliebig möglich. Wenn man mehr Sicherheit fordert, dann muss man auch über die nötigen personellen und finanziellen Mittel sprechen, die das schaffen oder gewährleisten können. Auf der positiven Seite, was können wir beeinflussen? Du hast es auch gesagt. Wir können eine gescheite Stadtinfrastruktur bauen. Wir können den öffentlichen Raum einladender und sicherer gestalten, sodass einerseits das Sicherheitsgefühl gestärkt wird und auf der anderen Seite auch Möglichkeiten zum Begehen von Straftaten reduziert werden. Sicherheit entsteht nicht einfach durch Repression oder durch Pauschalisierungen, sondern durch die aktive Gestaltung unserer Umwelt. Mein Appell an dieser Stelle ist, reden wir in diesem Parlament lieber über Faktoren, die zählen, die wir beeinflussen können, anstatt den Generalverdacht zu schaffen. Sicherheit lässt sich, da sind wir uns in unserer Fraktion alle einig, nur auf einer faktenbasierten Politik aufzubauen, die Probleme löst, statt ganze Gesellschaftsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Christine von Arx, Fraktion SP/JSP: Diese Interpellation ist ein klassisches Beispiel, wie man eine gleiche Situation unterschiedlich wahrnehmen kann. Ich rede in dieser Fraktion meistens dann, wenn es um den Bahnhof geht, weil ich am Bahnhof wohne, sehr viel dort unterwegs bin und die Situationen mitbekomme. Ich habe das mal einfach für den Bahnhof interpretiert, weil mir nicht klar war, wenn der Perimeter bis in die Vorstadt gehen soll, was dann eigentlich die Vorstadt von Olten ist. Ich spreche jetzt, wie wenn es um einen Bahnhof gehen würde. Die Fragen, die du stellst, Lukas, sind ein bisschen überraschend. Du arbeitest ja bei der Polizei oder bei der Bahnpolizei und du weisst ganz genau, welche Zahlen die Kriminalstatistik hergibt und welche nicht. Und du weisst auch ganz genau, wo du die Statistik findest, beim Bund und beim Kanton. Und du weisst auch ganz genau, dass die Stadt Olten keine eigene Kriminalstatistik führt. Und dass man dies aufgrund der erhobenen Daten auch gar nicht herunterbrechen kann. Dazu hat sich der Stadtrat ausführlich geäussert und dem kann man eigentlich nichts mehr hinzufügen. Uns ging es auch so, wie meiner Vorrednerin. Wir haben zuerst auch ein bisschen gedacht, dass es das übliche Bashing ist gegenüber

Menschen, die nicht ins gängige Schema passen. Und solche Menschen trifft man halt häufig am Bahnhof an. Und häufig sind es auch Ausländer. Und ich rede jetzt nicht bewusst von Männern, weil es sehr wenige Frauen hat, die unangenehm auffallen und davon sind es noch weniger Ausländerinnen. Wir sehen schon auch, dass es Leute gibt, die sich am Bahnhof nicht wohlfühlen, obwohl es objektiv gesehen keine gravierenden Probleme gibt. Man muss die Zahlen zu den Straftaten immer in Relation setzen zu diesen 80'000 Menschen, die den Bahnhof pro Tag benutzen. Wenn man die Kriminalzahlen runterbricht auf die Zahl der Benutzerinnen, ist man sehr tief. Und man muss dann auch berücksichtigen, dass es die meisten Probleme am Samstag und am Sonntagmorgen gibt. Früh am Morgen, wenn die ersten Züge aus den Grossstädten kommen. Das sind dann nicht die Bettlerinnen oder Bettler oder Asylsuchenden, die für unangenehme Situationen sorgen. Das sind Einwohner/innen der Stadt Olten, die dann den Bahnhof benutzen. Oder vielleicht andere aus grösseren Städten, die umsteigen. Auch ich habe schon gesehen, wie am Bahnhof gestohlen wird. Und ich muss sagen, dass sie nicht Ausländer waren, sondern Leute von Olten. Ganz ohne Migrationshintergrund. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Bahnpolizei präsenter ist am Bahnhof, was für das Sicherheitsgefühl sicher gut ist. Aber wirksam gegen Kriminalität sind eben Präventionsmassnahmen. Ein grosser Teil der Delikte, die am Bahnhof passieren, sind Diebstähle und andere Begleitdelikte. Mit anderen Worten, Beschaffungskriminalität oder Kriminalität von Personen in prekären Lebensumständen. Gewaltdelikte sind selten. Mein Aufruf, wie schon beim letzten Mal, als wir über den Bahnhof gesprochen haben: Machen wir Olten nicht schlechter, als es ist. Und machen wir auch den Oltnen Bahnhof nicht schlechter, als er ist. Vor allem, wenn man den Oltnen Bahnhof mit den Bahnhöfen von Grossstädten vergleicht. Dann haben wir hier wirklich keine Probleme.

Yael Schindler Wildhaber, Fraktion GO/JGO: Wir haben uns eigentlich auch dazu entschieden, dass wir zu dieser IP nichts sagen, weil wir grundsätzlich der Meinung sind, dass IPs nicht so viel bringen. Die Antworten oder die Zahlen, erhielte man auch, wenn man eine Kleine Anfrage machen würde. Auf deren Basis könnte man konkrete Vorschläge bringen, die wir gerne diskutieren könnten. Zudem haben wir das Thema hier schon ein paar Mal diskutiert in den letzten vier Jahren, seit ich dabei bin. Fast fünf Jahre inzwischen. Zum Beispiel, als es um die SIP ging oder um die aufsuchende Sozialarbeit. Und es kamen immer mehr oder weniger die gleichen Voten von links wie von rechts. Darum haben wir das Gefühl, es bringt nicht so viel, wenn wir hier nochmals ganz lange über diese Fragen diskutieren. Danke für das Wort.

Claudia Schmid (SP): Ich wollte noch ergänzend etwas zum Thema Gewaltprävention, insbesondere bei jüngeren Menschen, sagen. Man sieht ja auch in der Statistik, dass es mit den zwischen 18- und 24-jährigen eine relativ grosse Gruppe betrifft. Und dazu kann ich als Präventionsexpertin einfach sagen, dass man als Stadt vor allem in sinnvolle Freizeitgestaltung investiert, welche die psychische Gesundheit bei jungen Menschen stärkt. Und vor allem auch, dass wir ins Thematisieren von Männlichkeit und toxischer Verhaltensweise investieren. Denn das ist auch etwas, das längerfristig sehr helfen kann, gerade wenn man zum Beispiel in Schulen gewisse Workshops macht. Man kann wirklich sagen, dass junge Menschen mit hohem Selbstbewusstsein und Selbstwert und vor allem mit einer stabilen psychischen Gesundheit massiv weniger anfällig sind. Denn wenn man sieht, dass es bei männlichen Personen ein nicht seltenes Symptom von Depression oder psychischer Belastung sein kann, indem man ebenso nach aussen geht und es sich in Gewalt oder Vandalismus äussert. Und daher meine Anregung: Wenn wir nachhaltig etwas verändern wollen in der Stadt Olten, dann investieren wir doch einfach in eine gesunde Jugend.

Marc Winistörfer (SVP): Ich möchte auf das Gesagte von ein paar vorangehenden Voten Bezug nehmen. Unter anderem wurde gesagt, man soll faktenbasierte Politik machen hier in diesem Saal. Gleichzeitig wurde aber auch kritisiert, dass Lukas nach dieser Statistik gefragt hat. Vor einem halben Jahr hat es in den Medien Berichterstattungen gegeben über die unsichersten Städte, kriminellsten Städte (so war, glaube ich der Titel) in der Schweiz. Da möchte ich einfach sagen, Olten hat es in die Top 5 geschafft. Das ist kein Ruhmesblatt. Und wenn man mit der Kantonspolizei oder mit der zuständigen Regierungsrätin, die aus deiner

Partei, sogar aus deiner Ortspartei kommt, Christine, öfters mal zu tun hat im Rahmen einer Justizkommissionssitzung des Kantonsrates, dann ist das Thema Kriminalität einfach wirklich omnipräsent. Und das ist es mittlerweile auch über Parteigrenzen hinweg, glaube ich. Zumindest bei uns in der JUKO ist Konsens, dass es wirklich ein Problem bei der Kriminalität gibt. Es ist vielleicht nicht nur Gewaltkriminalität, es wird ja hier in der Antwort vor allem darauf eingegangen. Auch ein bisschen in den Fragen. Wir haben natürlich ein Riesenproblem, was Strukturkriminalität angeht. In unserem Kanton, aber eben auch in der Stadt Olten. Und das kann man nicht einfach weg reden. Und ich meine, man kann schon sagen, wir hätten an diversen Sitzungen in den letzten paar Jahren, whatever, öfters IPs oder Aufträge oder einfach Vorstösse zum Thema Sicherheit/Kriminalität eingereicht. Ja, das liegt wahrscheinlich wirklich auch daran, dass es ein Thema ist, das.... Es ist nicht einfach... Wir bilden uns das ja nicht ein. Der Polizeikommandant, ich glaube, auch er war mal bei der SP, kommt und sagt, ja, man habe wirklich ein Kriminalitätsproblem. Die Regierungsrätin, die auch von einer linken Partei ist, sagt auch, wir hätten ein Kriminalitätsproblem. Der Schwerpunkt in den nächsten Jahren wird Strukturkriminalität sein, aber es gibt natürlich auch andere Formen von Kriminalität, wie die Gewaltkriminalität, sexualisierte Gewalt übrigens auch, das gebe ich auch zu, ich finde, es ist durchaus ein Thema, das man hier auch mal mit einem Vorstoss aufnehmen könnte und nicht nur gewissen Kantonsrätinnen aus der Grünen Fraktion überlässt. Aber eben, wir haben wirklich ein Problem, das ist auch von der zuständigen Stelle anerkannt und ich finde, das sind legitime Fragen und jetzt auf Diskussionsverweigerung zu machen, finde ich einfach fehl am Platz. Und es ist wirklich so, wir haben ein Problem, wir haben auch zu wenig Polizei. Silvia, das hast du richtig gesagt, wir sind dort auch auf einem sehr, sehr schlechten Platz, ich weiss nicht ganz genau, dritt-, viertletzter in der Schweiz, wenn man es auf die Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Solothurn herunterbricht. Da muss etwas gehen und ich meine, auch die Stadt Olten kann dort mithelfen. Klar, die Polizei ist mittlerweile eine kantonale Aufgabe. Dort sind der Kantonsrat und der Regierungsrat in Charge und haben sicher auch die Verantwortung, dass mehr geht. Aber allgemein, Kriminalitätsbekämpfung ist wichtig, auch auf Gemeindeebene und gerade auch, wenn es um Strukturkriminalität geht. Also sprich, wenn es darum geht, dass irgendwelche Leute Geld waschen, dass irgendwelche kriminellen Handlungen verdeckt mit irgendeinem legalen Geschäftsmodell betrieben werden. Da ist die Stadt Olten auch in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen und das ist aus meiner Sicht sehr wichtig, dass das Thema bzw. das Problem weiterhin thematisiert wird. Merci.

Daniela Minikus (SP): Ich bin hier ein wenig ambivalent und das, was ich jetzt sage, ist eigentlich in der Grauzone und ist nicht sehr analytisch. Aber es ist eine sehr persönliche Stimme, weil ich als Anwohnerin der Altstadt, angebunden an den Bahnhof, seit 26 Jahren mit der Familie dort wohne. Und die Kinder sind in dieser Altstadt gross geworden, haben sich sensibilisiert, hatten einen kurzen Schulweg in das Hübeli-Schulhaus und das war echt perfekt und mit viel Glück verbunden. Mit der Aktivierung dieser Altstadt ist die Sicherheit für unsere Anwohner gestiegen. Und das hat mit dem zu tun, dass die Innenstadt jetzt keinen Verkehr mehr hat, sondern dass Touristen, viele Gäste auch, um den Turm Pinsas essen. Wirklich, die halbe Stadt isst Pinsas und das ist für unsere Anwohner eigentlich etwas Positives. Über all die Jahre hat sich das entwickelt und auch die Zahl von Leuten, die kommen und gehen, zieht sich eigentlich durch den ganzen Tag. Tagsüber ist die Altstadt familienfreundlich geworden und sicher. Am Abend, in der Nacht, mit der Zunahme der Gastro-Betriebe hat sich die Atmosphäre verändert. Mehr Betrieb, längere Öffnungszeiten, das ist tatsächlich so, dass wir dies wahrnehmen als mit lauten Auseinandersetzungen. Das hat mit Alkohol zu tun. Der Aareraum wird zunehmend mehr und länger benutzt. So ist das im Sommer mit den Ruhestörungen und dem Abfall ein Thema. Aber dass die physische Sicherheit bei uns gefährdet wäre, konnten wir nicht feststellen. Vielleicht zum Glück. Einfach, wenn direkt vor der Haustür bei einem Event ein Toi-Toi steht, finden wir das nicht besonders aufregend, das muss man also sagen. Aber auch das können wir wegstecken, weil die Stadt belebt ist. Was aber zu sagen ist, ist tatsächlich der Weg vom Bahnhof über die Holzbrücke, der Salzhüslweg, nachts, als Benutzerin, finden wir sehr unangenehm und löst Unsicherheit aus. Und da macht natürlich diese mittelalterliche Beleuchtung auf der Holzbrücke und auf der Altstadtseite nicht so viel aus. Da müsste man eigentlich schon eine Lösung finden für mehr Sicherheit. Aber mit dem Aufwerten des Ländiwegs ist tatsächlich auch schon eine Verbesserung passiert.

Familien in der Altstadt gibt es leider sehr wenig, das ist sehr dünn vertreten und das wird sich wahrscheinlich auch nicht ändern. Es ist fraglich, ob das mit der Sicherheit zu tun hat oder eher mit dem Schulraumkonzept, bei dem die Schulhäuser ausgelagert werden. So gesehen wird es auch in Zukunft in der Altstadt leider nicht mehr Familien geben. Unser Empfinden entspricht nicht der Statistik, das weiss ich, aber es zeigt auf, dass im Dispositiv in all den Jahren zum Thema Schutz etwas in der Stadt gestaltet wird. Vielen Dank.

Yael Schindler Wildhaber (GO/JGO): Ich wollte nur schnell etwas sagen. Marc, du hast mich zuvor so angeschaut bei deiner Aussage, wir hätten gesagt, es gäbe kein Kriminalitätsproblem. Das ist nicht das, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, es mache keinen Sinn, wenn wir immer über diese IPs reden. Es kann sein, dass es eine Kriminalitätszunahme gibt. Es gibt auch sexualisierte Gewalt. Es gibt auch Leute, die sich nicht sicher fühlen. Da bin ich völlig einverstanden. Aber ich habe das Gefühl, wir ändern genau nichts, wenn wir hier wieder während einer halben Stunde über diese Fragen diskutieren. Ich glaube nicht, dass der Stadtrat sich hier Notizen macht und alles ändern wird. Ich glaube, man muss mit konkreten... Also, vielleicht schon, dann tue ich ihm Unrecht. Ich glaube, man muss mit konkreten Vorschlägen kommen, die man diskutieren kann. Es macht nicht so viel Sinn, immer diese IPs... Ja, wir haben viele Vorschläge oder Aufträge, die noch vor uns sind, die wir gerne diskutieren können. Aber wenn man die Zeit mit so vielen IPs verbraucht, finde ich es ein wenig schade. Aber ja, das ist meine Meinung.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Selbstverständlich habe ich mir Notizen gemacht. Aber ändern kann man nicht alles, muss man auch nicht alles. Ich möchte noch einmal betonen, dass uns allen als Rat, als Personen die Sicherheit wichtig ist. Darum arbeiten wir auch an diesen Themen mit unterschiedlichen Massnahmen. Ihr erinnert euch: Mit der aufsuchenden Sozialarbeit, Intervention, Prävention. Wir haben das dann aufgeteilt in den Sicherheitsdienst und die aufsuchende Sozialarbeit. Wir haben nun den City-Träff ein paar Wochen in Betrieb. Wir haben die Beiträge gesprochen, ihr habt sie gesprochen, für «Schlafguet». Wir sind in der Crack-Arbeitsgruppe zusammen mit dem Kanton und den anderen Städten und dem Polizeicorps. Das sind Themen, die wir aktiv angehen. Wir arbeiten an verschiedenen Dimensionen der Sicherheit. Es gibt auch soziale, wirtschaftliche Sicherheit. Es gibt auch diese Themen. Wir haben das Thema Sicherheit im Regierungsprogramm aufgenommen. Vielleicht nicht ganz so, wie du es dir vorgestellt hast, beim Ziel 3 bei der Stadtteilverbundung, wo eine sichere Querung möglich sein soll. Selbstverständlich kann man auch immer persönlich einen kleinen Beitrag leisten. Ich habe das unlängst gemacht in den Stadtkirchen als Aufsicht. Dort habe ich von euch noch nie jemanden gesehen, ausser Marc, der hin und wieder vorbeikommt, um die Beichte abzulegen. Es gibt auch Kaffee. Man kann das benutzen. Ich gebe es euch gerne im Voraus mit. Nein, im Ernst. Es ist uns wichtig, die Sicherheit, die Aspekte anzugehen. Ich durfte gerade diese Woche den polizeilichen Jahresbericht besprechen, mit dem Regionenverantwortlichen. Das ist immer ein persönliches Gespräch. Auch die Zahlen sind natürlich interessant. Ich kann sie auch zur Verfügung stellen, sie sind grundsätzlich öffentlich. Das Bild ist ein bisschen ambivalent. Einige Quoten gehen nach unten, eine nach oben, ein paar seitlich. Man kann daraus nicht lesen, ob es schlechter oder schlimmer geworden ist, aber man arbeitet daran, dies zu verbessern. Die nächste Gelegenheit auf Stufe Kanton ist natürlich das Globalbudget. Hier setzt sich der scheidende Kommandant der KAPO mit Herzblut ein. Vielen Dank.

Marc Winistörfer (SVP): Gut, jetzt ist eigentlich mein Geheimnis verraten, dass ich beichten gehe. Jetzt muss ich nicht mehr viel sagen. Nein, ich wollte nur noch etwas sagen: Ja, Yael, man könnte natürlich eine kleine Anfrage stellen. Das ist so. Man könnte auch einen Auftrag einreichen. Vielleicht hier noch etwas anekdotisch. Philippe ist nicht mehr da, jetzt kann ich anekdotische Evidenzen bringen. Im Kanton Aargau hast du andere Mehrheitsverhältnisse als hier. Dort hast du eine relativ starke FDP und SVP im Grossrat, also im Kantonsparlament. Dort sind es die Linken, die Interpellationen einreichen. Wieso? Weil sie wissen, wenn sie Aufträge einreichen, bringt es nicht viel. Es scheitert. Daher ist wahrscheinlich die IP ein bisschen unser Auftrag in den nächsten zweieinhalb, drei Jahren. Ja, das ist vielleicht noch so

die realpolitische Begründung, weshalb es bei uns eher Interpellationen sind als Aufträge. Und Thomas, ich komme gerne wieder einmal zur Beichte, natürlich.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Dann bleibt mir noch beim Interpellanten nachzufragen, ob er mit den Antworten befriedigt ist.

Lukas Neumeier (SVP): Es ist knapp befriedigend.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Wir machen an dieser Stelle Schluss. Vielen Dank für euren Einsatz. Ich wünsche euch noch einen schönen Abend und kommt gut nachhause.

- - - -

Parlamentspräsidentin:	Ursula Rüegg
Stadtschreiber:	Markus Dietler
Verantwortlicher Protokollführer:	Roland Sampt
Schriftliches Protokoll:	Andrea Baumann

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.